

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POKROVA 62. TELEFON 52077.  
HERAUSGEBER, SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR, WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR, DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Freitag, 31. Mai 1935

Nr. 127



## Beratungen im Weißen Haus

Washington. Präsident Roosevelt hatte im Weißen Haus eine Beratung mit Ribbentrop und anderen Funktionären der NSD. Nach dieser Konferenz wurde erklärt, daß der Präsident bereits in den nächsten Tagen mit einer Aktion beginnen werde, die die Aufrechterhaltung der Löhne und der Arbeitszeit, wie sie durch die Industriegesetze festgelegt wurde, bezweckt.

Präsident Roosevelt zeigte Journalisten gegenüber auf einen Stock von Resolutionen auf seinen Tisch, die von verschiedenen Industriezweigen stammen, die sich verpflichten, die Bestimmungen über die Arbeitszeit und Lohnbestimmungen (Codes) in Geltung zu belassen. Allerdings könne von dieser überwiegenden Mehrheit nichts unternommen werden, wenn der eine oder der andere Industriezweig sich entschließt, die Preise herabzusetzen. Wir werden sehen, erklärte Roosevelt, was geschieht, wenn die Industrie zu 90 Prozent sich loyal verhalten wird, während 10 Prozent das Gegenteil tun.

Millionen von Arbeitern schöpften, wie Reuters meldet, Verwirrung und Genugtuung aus dem Ausdruck des Präsidenten Roosevelt, daß die freiwillige Einhaltung der Grundsätze der NSD empfehlenswert sei, sowie aus der Erklärung Johnsons, daß neue legislative Maßnahmen in Vorbereitung stehen, die besser sein werden als diejenigen, welche für verfassungswidrig erklärt wurden. Als der Präsident der amerikanischen Arbeitsföderation Green erklärte, daß in einigen Industriezweigen die Löhne bereits herabgesetzt wurden, gab er den Gewerkschaftsorganisationen die Weisung, weiterhin unerschütterlich auf der Forderung zu beharren, daß keine Lohnkürzungen vorgenommen werden.

## Luftpakt-Entwürfe dem englischen Außenminister vorgelegt

London. Die deutsche Regierung beantragte ihren Botschafter in London, dem britischen Außenminister den Vorschlag einer Flugkonvention, wie sie Deutschland wünscht, zu unterbreiten. Einzelheiten dieses deutschen Planes sind öffentlich noch nicht bekannt.

Minister Simon bekam auch einen von Frankreich ausgearbeiteten Flugplanvorschlag in die Hände. Auch Italien und Belgien arbeiten gegenwärtig ähnliche Projekte aus. Es wird die Möglichkeit einer Konferenz der fünf Mächte erwogen. Vorverhandlungen werden allerdings als erforderlich angesehen.

## Japan setzt seine Erpressertaktik fort

Tokio. Die japanische Presse veröffentlicht aus Peking einen Bericht über die Forderungen, die der japanische Militärattaché in Peking den chinesischen Regierungsoffizieren vorgelegt hat. Japan fordert u. a., daß im Norden Chinas unzugänglich jedwede antijapanische und antimonarchistische Kampagne aufhöre, weiter, daß alle Organe der geheimen Vereinigungen aufgehoben werden, die den Terrorismus unterstützen. In dem japanischen Dokument heißt es dann noch: Wenn die Lage unverändert bleibt, werden die japanischen Truppen gezwungen (1) sein, die Große Mauer zu überschreiten.

## Göring in Bulgarien abgeblickt?

Sofia. Ministerpräsident Tschewelich hat die im Zusammenhang mit dem Besuch des preußischen Ministerpräsidenten Göring in Sofia verbreiteten Nachrichten dementiert und in diesem Zusammenhang erklärt: Die Politik Bulgariens ist klar und einheitlich; sie verfolgt nur ein Ziel, nämlich die Annäherung an Jugoslawien und die Freundschaft mit den übrigen Nachbarn.

## Auch Kanada devalviert?

Ottawa. Die Regierung hat einen Plan zur Erhöhung des Goldwertes als vorbereitende Maßnahme vor den internationalen Verhandlungen betreffend die Stabilisierung der Devisen angesetzt. Wie es scheint, bereitet die Regierung so die offizielle Devaluation der Währung vor, deren Wert im gleichen Maße herabgesetzt wird, wie der amerikanische Dollar.

## Waffenstillstand im Gran Chaco für die Dauer von 30 Tagen

Buenos Aires. Die Friedensverhandlungen der großen südamerikanischen Staaten über die Beilegung des bewaffneten Konfliktes betreffend das Chaco-Gebiet haben einen großen Erfolg zu verzeichnen: Die paraguayische Regierung hat den Vorschlag eines dreißigtägigen vorläufigen Waffenstillstandes angenommen, um über die Lösung des Konfliktes weiter verhandeln zu können.

Der paraguayische Außenminister erklärte, daß Paraguay auf Grund der Positionen, die die Truppen im Augenblick der Unterzeichnung der Vereinbarung besetzt halten, und unter gewissen Bedingungen geneigt sei, die Feindseligkeiten einzustellen.

## Dramatischer Kampf um die Finanzvollmachten

Paris. Die entscheidende Schlacht um die Finanzvollmachten für die Regierung und damit um den Franc selbst begannen Donnerstag nachmittags 3 Uhr 22 Redner waren zu Wort gemeldet. Ministerpräsident Glandin hat, um die Lage der Regierung zu bessern, während seiner großen Rede in der Kammer die Demission des Finanzministers Germain-Martin bekanntgegeben, dessen geplante Sparmassnahmen nicht gerade sehr populär sind. Es ist aber noch sehr zweifelhaft, ob das Kabinett sich dadurch vor der drohenden Niederlage retten wird. Bei Votumschluß war die Entscheidung noch nicht gefallen.

Nach einer kurzen Rede des Hauptberichterstaters des Finanzausschusses Saretz, der, obwohl er selbst tags vorher zusammen mit dem Ausschusspräsidenten Malvo für den Regierungsgescheitertur gestimmt hatte, den ablehnenden Standpunkt des Finanzausschusses zu der Vorlage darlegte, sprach der Deputierte der unabhängigen Linken, Fernand Laurent, der nicht eintritt, warum der Regierung Glandin eine beinahe diktatorische Vollmacht erteilt werden solle. Der ehemalige Finanzminister im Kabinett Lardoux, Paul Renaud, ist persönlich ein Anhänger der Devaluation. Auch der neosozialistische Deputierte Deat spricht sich gegen die Erteilung der Vollmacht an die Regierung aus. Nach der Rede des sozialistischen Deputierten Koch, der ebenfalls die Vollmacht für die Regierung ablehnte, kündigte der Präsident der Kammer an, daß der Ministerpräsident das Wort erteilen werde.

Die ganze Kammer von der Rechten bis zu den Sozialisten begrüßt mit stürmischem Beifall den Ministerpräsidenten Glandin, der, von einem Akt gestützt, die Rednertribüne bestiegt. Angegriffen, jedoch stöhnt fröhlich trotz Anzeichen wachsender Ermüdung, die linke Hand in einem Gipsverband und mit über den Verband übergeworfener Kopf sprach Glandin frei, bloß mit Notizen vor sich. Seine Rede dauerte eine ganze Stunde.

Der Ministerpräsident führte eingangs an: „Heute handelt es sich weniger darum, zu sprechen, vielmehr ist es notwendig zu handeln, worauf er sofort zur Sache überging. Die Gründe der Offensive gegen den Franc müßten nicht bloß außerhalb der Grenzen Frankreichs gesucht werden, sondern leider auch dabei in Frankreich, unter gewerbetreibenden Spekulanten. Die Devaluation ist zwar eine angenehme Lösung, oportunist, aber es ist eine bessere Lösung. Die Regierung hat eine solche Lösung abgelehnt. Der Minister stellte sodann die Devaluationskampagne an den Branger. Die ganze Kammer stimmte einmütig den Worten des Ministerpräsidenten Beifall, als er diese Kampagne beurteilte.“

Der Ministerpräsident machte sodann nachdrücklich auf einige amerikanische Presseagenturen aufmerksam, die nach den Gemeindevahlen in Frankreich der Welt verkündeten, daß die Kommunisten binnen kurzem den Franc ruinieren werden. Diese Kampagne sowie auch die systematische Verabfolgung des französischen Parlamentarismus gaben sich in dem Mikrokosmos in den französischen Franc. Die gegenwärtige Lage kann aber den Franc in nichts bedrohen.

„Der Franc wird nicht fallen, sagte Glandin hinzu, solange ihn Frankreich selbst nicht aufgibt!“

## Vor einer Wende in der Schweiz Lostag am 2. Juni

Zum erstenmal in der helvetischen Geschichte: Kampfbündnis zwischen Arbeitern, Bauern und städtischem Mittelstand.

Von Julius Braunthal

Paris, Ende Mai 1935.

Das ruhige Schweizer Volk ist in tiefer Erregung. Es rüstet zu einer Entscheidung am 2. Juni von allesehrer wirtschaftlich und politischer Tragweite.

Länger als die meisten Staaten der Erde hat die Schweiz der Wirtschaftskrise standgehalten. Fast sechs Jahrzehnte lang, von 1873 an, konnte sich die schweizer Volkswirtschaft ungehindert von den Krisenstürmen rings um seinen Grenzen entwickeln, konnte Reichthümer ansammeln, wurde zum

relativ wohlhabendsten Land der Welt. Die Natur hat aus dem Jüchhorn ihrer Gaben nur ihre Schönheiten über das Land ergossen, hat es mit gewaltigen Gebirgen und lieblichen Seen, mit majestätischen Gletschern und mit der bezaubernden südländischen Flora bedeckt. Aber sie hat dem Land den Reichtum von Naturschätzen, Kohle, Erze, versagt. Spärlich ist nur der fruchtbare Weizenboden, hartem steinigem Grund muß der Bauer die Frucht abringen. Aber die besondere Qualität ihrer Industrieerzeugnisse und vor allem eine Politik konsequenter Neutralität hat den Goldstrom Europas in dieses Land gelenkt. Die Schweiz wurde zum Bankhaus des Kontinents. Dorthin flüchtete Kapital, wo immer es sich durch Völkerkrieg und Bürgerkrieg, durch Inflation und Devaluation bedroht fühlte.

Der so reichlich mit Gold überdeckte Schweizer Franc wurde aber zum Hemmschuh des Exports in eine Welt, die ihre eigenen Währungen abgewertet hat. Der Export sank. 1929 verlor die Schweiz noch um 2100 Millionen Goldfranken Waren ins Ausland, 1934 nur mehr um 742 Millionen, fast um zwei Drittel weniger! Die Zahl der Arbeitslosen stieg in einem Land von nur 4,1 Millionen Einwohnern auf 110.000, das sind mehr als 17 Prozent aller in den Arbeitslosenregister registrierten Industriearbeiter.

In eine ebenso ernste Lage geriet die Landwirtschaft. Auf ihr lastet eine Schuld von fünf Milliarden Goldfranken. Die Schuld vergrößert sich alle Jahre um 100 Millionen. Die Preise sanken, die Bauern hatten mit immer größeren Schwierigkeiten zu ringen, um ihre Zinsverpflichtung von 200 bis 220 Millionen im Jahr zu erfüllen. Zwanzigtausend Bauernfamilien stehen vor dem Ruin. An die siebentausend Bauernhöfe verließen im letzten Jahrzehnt den Hof ihrer Väter, wanderten in die Städte, in fremde Länder.

Die Parteien des hochkapitalistischen Bürgertums, die das Land beherrschen, fordern die Deflation, den Abbau der Löhne und der Preise. Sie fordern die Senkung der Produktionskosten der Industrie um 20 Prozent, da müßten, so erklären die Gewerkschaften, die Löhne um ungefähr vierzig Prozent herabgedrückt werden. Würde die so rapide Senkung der Lebenshaltung breiter Massen die Krise nicht erst recht verschärfen? Was nützt die Deflation? Im benachbarten Oesterreich ist trotz konsequenter Deflation der Export von 1598 Millionen Goldfranken im Jahre 1929 auf 444 Millionen im Jahre 1933 zurückgegangen — um 72,2 Prozent! Die Deflation hat die Massen verelendet, aber den Abstieg des Exports nicht gehindert. Und dann: Wie vermag Deflation die überschuldete Bauernschaft zu helfen? Werden die Preise der landwirtschaftlichen Produkte weiter gesenkt, dann wächst erst recht die Schuldenlast. Ist die Bauernschaft schon bei den heutigen Preisen kaum imstande, ihre Schuldenverpflichtungen zu erfüllen, wie erst, wenn der Geldbetrag ihrer Arbeit infolge weiterer Preisrückgänge zusammenschmilzt? Die Deflation soll die Abwertung des Franc verhindern. Aber würde ein Zusammenbruch der Landwirtschaft unter ihrer tiefen Schuldenlast die Schweizer Hypothekendarlehen und mit ihnen das ganze Schweizer Kreditgebäude nicht mitreißen, den Franc nicht erst recht erschüttern? Die Deflation, die ideenlose Politik des Abbaues, erschließt keinen Weg aus der Krise.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz war in den letzten Jahren in die Verteidigung gedrängt worden. Ihre politische Expansionskraft war zwar ungebrochen geblieben: Sie eroberte Jürich, eroberte Genf, eroberte die Mehrheit in Basel — fast alle größeren Städte der Schweiz werden von Sozialdemokraten regiert. Aber die bürgerlich-kapitalistische Bundesregierung schleudert eine Angriffsflut nach der anderen gegen die soziale und politische Stellung der Arbeiterklasse. Die Partei mußte den Verteidigungskampf führen gegen Klassensteuern und Konsumsteuern, gegen Lohnabbau, gegen den Plan, die Bundesbahnen zu enteignen, gegen Anschläge auf die Pressefreiheit, gegen den Abbau der Demo-

„Eine Devaluation würde der Spekulation in Frankreich und im Ausland zum Vorteil gereichen, würde aber die französischen Sparer arm machen.“

Die erweiterten Vollmachten, um die die Regierung erucht, sind dazu bestimmt, der Panik und der Spekulation Einhalt zu gebieten, das Budget auszugleichen, die Wirtschaftslage zu bessern und das Vertrauen wiederherzustellen. Es sind neue Ersparungen notwendig.

Glandin kündigte bei dieser Gelegenheit die Demission des Finanzministers an und sollte seiner Finanzpolitik Dank und Anerkennung. Die Kammer nahm diese Worte mit gemischten Gefühlen, mit Beifall und mit Gemurmel, auf.

Der Ministerpräsident versicherte, daß die Regierung die Vollmachten nicht zu diktatorischen Verfügungen benutzen wolle. Die Regierung werde das Parlament und die demokratischen Traditionen respektieren, wenn ihr die erweiterten finanziellen Vollmachten erteilt würden.

Zum Schluß appellierte der Ministerpräsident in herden Worten an das Parlament, daß es an die Leinen spart denken möge, die den Kern und Stützpunkt bilden, und daß es nicht zulassen möge, daß Spekulanten sie um die Früchte ihrer Arbeit und die Erbschaft ihres ganzen Lebens bringen. Das Volk würde es nicht begreifen, wenn durch die Feindschaft der Parlamentarier der Franc entwertet würde. (Nurmeln auf der Linken.) Mehr Frankreich und schließlich auch mit der Regierung im gemeinsamen Kampfe gegen die Spekulation zum Schutze der Arbeit und des Sparens zusammen!

Die Kammer, die den Worten des Ministerpräsidenten oftmals einmütig Beifall zollte, besonders als er die Spekulation verurteilte, nahm seine Rede zum Schluß nur in der Mitte, teilweise auf der Rechten und nur spärlich auf der Linken mit Beifall auf.

Am 22 Uhr trat die Kammer zu einer Nachtigung zusammen.

Im Laufe der weiteren Debatte hat sich die Stimmung der Kammer durch das energische Eintreten Herrlots für die Finanzvollmachten einigermaßen gebessert. Die Abstimmung dürfte gegen 2 Uhr früh erfolgen.

Sollte Glandin gestürzt werden, so rechnet man noch im Laufe der Nacht mit der Bildung eines Konzentrationkabinetts unter dem Vorsitz des Kammerpräsidenten Bouisson, dem die Kammer die Finanzvollmachten voraussichtlich bewilligen würde.

Kräfte, der Faschismus nistete sich in der Schweiz ein. Der faschistische „Bund für Volk und Heimat“, in dem ungeheure Geldmittel aus dunklen Quellen zusammenflossen, sorgte dafür, daß faschistisches Gedankengut in die historischen Parteien hineingetragen wird. Die katholisch-konservative Volkspartei propagierte schon das Ständestaatsprogramm der Quadreggino Anno, wie ihre christlichsoziale Schwesterpartei in Oesterreich. Aber diese päpstliche Engwässer diente dort doch nur als schön bemalter Wandhänger, hinter dem die Demokratie ruhig abgeschlachtet wurde. Die Verschmelzung des helvetischen Sozialismus schwebt auch jenen vor. Die Deflation hat in Deutschland, hat in Oesterreich dem Faschismus den Weg zur Macht gebahnt — konsequente Deflationspolitik müsse, so rechnen die frommen Katholiken, am Ende auch in der Schweiz der Arbeiterbewegung und der Demokratie das Rückgrat brechen. Schon künden eigentümliche Schatten das Herannahen dieser unermesslichen Gefahr. Selbst in der freisinnigen Partei ist eine Ständebewegung im Gange. Soll die jahrhundertalte Schweizer Freiheit ruhmlos untergehen? Es ist kein Augenblick zu verlieren. Die sozialdemokratische Partei trat aus ihrer Verteidigungsgestaltung, ging zum Angriff vor.

Die sozialdemokratische Partei erkannte, daß der Faschismus nur auf dem Boden der Wirtschaft geschlagen werden könne. Aus dem Grund der Wirtschaftskrise war er erwachsen, von ihm wird er genährt, diesen Sumpf gelte es trocken zu legen. Die Wirtschaftskrise vereint nicht allein die Arbeiterpartei, sondern auch den Kleinbauern und den städtischen Mittelstand. Die strategische Aufgabe ist: Arbeiter, Kleinbauern, Festbesitzende auf einer gemeinsamen wirtschaftlichen Plattform zum Kampfe gegen die Deflationspolitik der kapitalistisch-faschistischen Parteien zu vereinigen, eine Front des „Antikapitalismus“ zu schaffen.

Von zwei Seiten ging der helvetische Sozialismus zum Angriff vor. Auf seinem letzten Parteitag formulierten die Sozialisten einen „Plan der Arbeit“, der die sozialistisch-kapitalistische Wirtschaft durch Staatsgewalt ordnen, durch den Einbau planwirtschaftlicher und staatskapitalistischer Elemente die Herrschaft der Hochfinanz einschränken, durch die Kontrolle des Außenhandels die wichtigsten Wirtschaftszweige lenken soll.

Bisher hatte aber schon der Schweizerische Gewerkschaftsbund ein wirtschaftliches „Sofortprogramm“ entworfen, über das eben am 2. Juni durch eine Volksabstimmung entschieden wird. Dieses Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise — unter dem Schlagwort „Kriseninitiative“ bekannt — schlägt eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen vor, die zum Ziele haben „die Sicherung einer ausreichenden Existenz für alle Schweizer Bürger“. Im erklärten Gegensaß zur Deflation wird die Regierung verpflichtet, für die „Erhaltung der Kaufkraft des Volkes durch Bekämpfung des allgemeinen Abbaues der Löhne, der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Produktionspreise zu sorgen“. Kein Abbau also mehr, weder Lohn-, noch Preisabbau!

Wie aber soll das Land der Schwierigkeiten Herr werden? Durch Devaluation, durch die Entwertung des Franken? Keineswegs! Die Schweiz ist eine Fabrik, die Rohstoffe einführt, sie verarbeitet und Fertigprodukte exportiert, sie braucht also billige Rohstoffe. Die Abwertung des Franken würde die Rohstoffe verteuern. Die Schweizer Landwirtschaft läuft ausländisches Getreide, um es in Milch, Butter, Käse, Fleisch zu verwandeln. Die Abwertung des Franken würde das überseeische Getreide verteuern, würde zur Auswanderung der

Kapitalien, zur bedenklichen Schwächung der Finanzkraft des Landes führen.

Aber noch sind ungeheure Kapitalreserven im Land. Es müsse dafür gesorgt werden, daß sie nicht exportiert werden; daher fordert die Kriseninitiative staatliche Kontrolle des Kapitalexports. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Kapitalreserven zur Förderung des industriellen und landwirtschaftlichen Exports mobilisiert wird; daher fordert die Kriseninitiative staatliche Regulierung des Kapitalmarktes. Entscheidend in der Kriseninitiative ist aber das Programm großer öffentlicher Arbeiten zur Auffangung der Arbeitslosigkeit und das Programm einer großzügigen Entschuldungsdaktion für die Kleinbauernschaft und das Kleingewerbe. Die finanziellen Mittel für das eingehend konkretisierte Arbeitsprogramm und für die Entschuldungsdaktion sei vornehmlich durch langfristige innere Anleihen zu beschaffen. Die Kriseninitiative also fordert: Kreditausweitung statt Deflation!

## Abwanderung der Textilindustrie

Das Kapital erzeugt weiter im Ausland Profit, die heimischen Arbeiter werden arbeitslos

Dem „Prager Börsen-Courier“ wird aus Wien geschrieben:

Die Ueberfiedlungen tschechoslowakischer Kammgarnerer nach Oesterreich haben innerhalb weniger Wochen solchen Umfang angenommen, daß auf österreichischer Seite sogar Abwehemaßnahmen gefordert werden. Die Firma Weibel hat 100 Webstühle in Günseldorf aufgestellt. Dort besteht eine Fabrik, die dem Nautner-Konzern gehört. Geipel hat Räume dieser Fabrik gepachtet und wird dort arbeiten. Noch größer wird die Fabrik der Firma Himmler & Zwicker sein. Das Unternehmen erzeugt bisher in Oesterreich in einem gepachteten Betrieb. Nunmehr hat Dinnelreich & Zwicker in Kleinmünchen um 130.000 Schilling eine Fabrik mit Wasserkraft gekauft, die bisher leer gelassen ist. Er dürfte zwischen 100 und 200 Webstühle aufstellen. Die Firma J. Klinger hat 30 Stühle in Siebenbrunn installiert. Die Fabrik gehört der Firma Lederer & Neumann; einige Stühle wurden von J. Klinger gepachtet. Die Fabrik richtet in Floridsdorf eine Schafwollwarenfabrik ein. Er hat bisher im Lohn weben lassen. Die Firma D. Hecht, Brunn, hat in Reunbrunn in einer ehemaligen Baumwollweberei 30 Webstühle eingerichtet. Im Arsenal wurde eine Streckgarn-Spinnerei und Weberei von einem mehrfachen Industriellen aufgebracht. Die ebenfalls 30 Stühle umfassen dürfte. An österreichischen Gründungen ist die Erzeugung von Herrenstoffen durch die Wiener Strickwarenfabrik Bernhard Wilmann zu erwähnen. Die Gesellschaft hat zwölf Stühle, wahrscheinlich aus tschechoslowakischen Beständen, aufgestellt. Alle diese Neugründungen bringen nur die Maschinen und höchstens für eine Uebergangszeit Werkmeister zum Anfertnen herein.

Es dürfte nunmehr alles in Oesterreich erzeugt werden, was an Schafwollstoffen gebraucht wird, einschließlich seiner Damenstoffe und Modestoffe. Textilüberfiedlungen nach Oesterreich gab es immer. Ginzler will in Oesterreich eine Teppichfabrik errichten. Vorläufig läßt er hier im Lohn weben. An früheren Ueberfiedlungen ist die Errichtung einer Leinen- und Baumwollweberei in Floridsdorf durch die tschechoslowakische

Den Gewerkschaften gelang es nun auf dem Boden dieses Programms die Organisation der Arbeiter und der Angestellten fast aller politischen und weltanschaulichen Richtungen und sogar Teile der Bauernschaft zu sammeln. Es wurde ein Aktionskomitee zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise gebildet, in dem der tschechoslowakische Gewerkschaftsbund, ferner zahlreiche Verbände öffentlicher Angestellter, Beamtenverbände, Festbesitzende-Organisationen, der Verband der evangelischen Arbeiter und Angestellten, endlich und entscheidend die tschechoslowakische Bauernheimatbewegung und noch andere landwirtschaftliche Kreise vertreten sind. Allein für die Einreichung der Kriseninitiative konnten 234.000 Unterschriften gesammelt werden — ein Drittel dieser Unterschriften kam aus den bäuerlichen Gemeinden. Zum ersten Male in der Geschichte der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung marschieren Arbeiter und Bauern Schulter an Schulter in einer Front, den städtischen Mittelstand an ihren Flügeln.

Firma Regenhart & Neumann zu erwähnen. Die Firma B. Spiegler & Söhne beabsichtigt, in Oesterreich die Erzeugung von Baumwollwaren aufzunehmen. Hermann Poltals Söhne haben in Floridsdorf, wo sie früher nur Ausrüster waren, mit 55 Stühlen das Weben von Vintwaren aufgenommen. Noch früher haben die Brüder Perutz in der Graumannfabrik die Erzeugung von Baumwollwaren begonnen. Seit einigen Jahren erzeugt Rudolph Rauhner in Gähendorf Baumwollrohware. Die Firma Reis & Preib hat in Vöcklabruck im Anschluß an ihren Betrieb die Seidenweberei aufgenommen.

Wie man sieht, ist ein immerhin nicht unansehnlicher Teil der tschechoslowakischen Spinnereien und Webereien nach Oesterreich überfiedelt. Die Unternehmer reiten sich, indem sie in anderen Ländern Filialbetriebe einrichten, in welchen sie ihre alten Maschinen arbeiten lassen. Die Arbeiter lassen sie bei uns zurück — mögen sich Staat und Gewerkschaften um sie kümmern.

## In Kürze

Leibach. Die Staatspolizei hat eine nationalsozialistische Geheimorganisation aufgedeckt, die den österreichischen Nationalsozialisten den Uebertritt aus jugoslawisches Gebiet vorbereitete und erleichterte und sie über Tuschal nach Deutschland brachte. Die Polizei in Leibach hat in diesem Zusammenhang zwei Oesterreicher verhaftet.

Paris. Wie der „Matin“ aus Straßburg meldet, ist unter den dort untergebrachten etwa 300 deutschen Kommunisten, die nach der Volksabstimmung im Saargebiet in Frankreich Zustucht suchten, wegen Unzufriedenheit mit der Rost eine Revolte ausgebrochen. Nach den Anordnungen der Behörden werden die Unzufriedenen nach der Bretagne gebracht werden.

## Die unverbesserliche „Bohemia“

Wir lesen in dem Blatt der gemessenen tschechischen Arbeiter-Turntag in Eger

Während der Pfingstfeiertage veranstaltete der tschechische Turnverein in Eger einen Turntag in Eger, zu dem mehrere Sonderzüge die sozialdemokratischen Turner aus Pilsen und anderen Städten bringen werden. An den Vorführungen wird auch der deutsche sozialdemokratische Turnverband aktiv teilnehmen.

Dazu ist festzustellen: hier handelt es sich um eine falsche Meldung mit durchsichtiger Tendenz. Seit Wochen wird in unserer Presse darauf hingewiesen, daß zu Pfingsten in Eger ein Kreisturnfest des ATUS (Arbeiter-Turn- und Sportverband, Sitz Pilsen) stattfindet. Daran werden tschechische Arbeiter-Turner aus Pilsen als gern gesehene Gäste teilnehmen. Die „Bohemia“ dreht den klaren Tatsachbestand einseitig um. Sie macht aus dem Kreisturnfest des ATUS einen tschechischen Arbeiter-Turntag in Eger. Die deutschen sozialdemokratischen Turner läßt sie als Gäste mitwirken. Dadurch soll der Eindruck erweckt werden, daß die ATUS-Mitglieder nur als Anhänger einer tschechischen Veranstaltung in Eger in Erscheinung treten. Der Genosse Spieker wird sich darauf schon den entsprechenden Reim machen.

Diese Berichterstattung ist genau so seriös, wie wenn wir über das Debut des Herrn Dr. Kreis vor den deutschen Unternehmern gemeldet hätten:

Generalversammlung der Simonsen & Co. Bank in Leipzig-Schönewald unter Mitwirkung des deutschen Hauptverbandes der Industrie.

Und im übrigen: Wenn Sozialdemokraten an einem deutsch-tschechischen Turnfest teilnahmen, so ist das in den Augen eben dieser Bürgerpresse ein Akt der kulturellen Annäherung der Nationen, sind aber tschechische Arbeiterturner bei ihren deutschen Genossen zu Gast, dann stellt die „Bohemia“ bereitwillig den Tatbestand auf den Kopf, um ihre Fähigkeit zur nationalen Brunnenergriffung gewissenslos lauffähigen Interessenten empfehlend in Erinnerung zu bringen. Nicht zu bezweifeln, daß die „Bohemia“ feinerzeit das Organ eines Professors Staffa war ...

## Herzlicher Empfang unserer Flieger in Moskau

Moskau. Das tschechoslowakische Flugzeug „Blod 200“, mit der Prager Militärflieger-Delegation an Bord, ist Donnerstag um 10 Uhr 15 auf dem Moskauer Zentralfeldflughafen gelandet. Der Flugplatz war zum Zeichen der Begrüßung mit den sowjetrussischen und tschechoslowakischen Staatsflaggen geschmückt, ferner hatte auf dem Flugplatz eine Ehrenwache der Flieger-Truppen Aufstellung genommen. Nach dem Niedergehen des Flugzeuges intonierte die Kapelle die tschechoslowakische Staatshymne und die Internationale.

Die Gäste begrüßte der Chef der Luftstreitkräfte der Roten Armee Kilišnik und der Generalkommandant der Luftstreitkräfte Čeripin. Ferner hatten sich zur Begrüßung eingefunden: der tschechoslowakische Gesandte in Moskau Bohdan Pavlu, der Militärattache Oberst Dašič und das gesamte Personal der tschechoslowakischen Gesandtschaft.

Roman von Emil Vachek

## Die Hühnersteige

Deutsch von Anna Aurednik

„Doch, mein Süßer, es gibt viele. Ich habe so viele gesehen, daß du sie gar nicht zusammenzählen könntest. Gerade, als man mich erwartete, untersuchte ich eine Kasse, in der eine Million solcher Papierchen war. Eine Villa in einem stillen Gartenviertel. Eine Garage für drei Automobile. Auf den Stiegen Perlesteppiche und chinesische Vasen. Eine war gewiß fünfzehntausend wert. Portier, Gärtner, zwei Chauffeure, ein Kammerdiener, zwei Kammerjungen, ein Koch und Dienstmädchen. Das ganze Personal zur Bedienung dreier Menschen, deren Verdienst es ist, daß der Vater des einen drei Brauhäuser gehabt hat, der Vater des anderen gute deutsche Politik getrieben und sein Sohn auf diese Weise Verwaltungsrat in den größten Unternehmungen wurde. Ihre Einnahmen betragen Tag für Tag fünfzehn Tausender. Und die Bande treibt sich das ganze Jahr in Kgypten, Biarritz, Davos und Schvenningen herum. Dem Häuflein hatte in Holland ein Motorschiff gefallen. Man kaufte es, brachte es nach Prag. Da erwiderte man, daß es einen unmöglichen Tiefgang für das Prager Flußbett hätte. Und so ließ man es verkaufen ... Das sind meine Leute, Weinsteiner! So ein Verbrecher bin ich, und jetzt, jetzt stell' dir vor, was du bist: du stichst einem Deamen seine Wage oder einem Weidler die Kase, die er in die Bank trägt. Und du meinst, du bist ein anständiger Kerl.“

Elisabeth gähnte. „Ich bin gewöhnt, täglich nach Tisch zu schlafen. Das erhält den Teint

frisch. Wenn du müdest, Weinsteiner, wie fesch mein Mädel ist! Bis man mich hier losläßt, wird sie mich in Auto erwarten. In unserem Mercedes. Ich glaube, wir fahren direkt nach Marienbad. Sobald ich ordentlich ausgeruht bin, werde ich wahrscheinlich einem indischen Rahob die Kehle durchschneiden. Einer kommt alljährlich zur Kur nach Marienbad. Er wiegt vierhundert Pfund und sein Diamanten und Perlen wiegen noch mehr.“

Elisabeth legte sich auf die Britsche, drehte sich zur Wand und schlief sofort ein. Weinsteiner überließ er den Gedanken, die er in ihm angelegt hatte.

Weinsteiner fühlte, daß der Boden unter ihm schwankte. „Und ich, alter Idiot, erzähle den Madetten von Rothschädel, um dann einem armen Schreiber die Gelbbörse zu ziehen“, dachte er. „Rein, ich habe noch nie einen armen Kerl bestohlen.“

Doch plötzlich tauchte vor seinen Augen ein ganzes Duzend verdächtiger Fälle seiner Praxi auf. Er erinnerte sich an unzählige magere Beuten, die er ergattert hatte. An eine Gelbbörse, die drei Verlagsartikel enthielt. An ein Handtäschchen, mit einem schmutzigen Taschentuch und einer leeren Tubedose. An ein Portefeuille, worin er drei nicht abgeschickte Wittgesuche fand. Er sah furchtbar unglücklich aus. Ansehend war nicht Elisabeth, sondern der ehrbare Weinsteiner ein Verbrecher, ein Schädling der menschlichen Gesellschaft. Er war eine Geißel für die Menschheit, die eben so schlecht daran waren wie er. Von allen Seiten stießen ihm Tränen zu, die seine Wangen nass gemacht hatten.

An dem Augenblick der ärgsten Qualen, als ihn dunkelste Ahnungen umgab, tauchte die Gestalt Neukleins Sophiens vor ihm auf. Sie fragte ihn: „Was suchen Sie, Weinsteiner?“

Er öffnete die Augen und antwortete mit knagpöller Stimme: „Den Weg zu einem ordentlichen Leben.“

Kannst du einen nicht zehn Minuten ruhig schlafen lassen?“ sagte Elisabeth, verdrücklich aus

ihrem Schlaf erwachend. „Hast du vielleicht die Gewohnheit, wenn du wach bist, aus dem Schlaf zu reden?“

„Höre, Elisabeth, du bist der erste Mensch, dem ich etwas sehr Wichtiges anvertrauen will“, sagte Weinsteiner fieberhaft erregt.

Der Anker antwortete: „Mir wäre lieber, du ließt mich schlafen. Sonst bin ich am Abend verstimmt.“

„Mich quält das Gewissen, Elisabeth. Ich habe ein braves Frauenzimmer in eine elende Lage gebracht. Sie sieht wie auf einem Pulverfaß, das jeden Augenblick in die Höhe fliegen kann.“

„Das ist seit jeder der sicherste Platz, Weinsteiner, deshalb müdest du mich nicht wecken.“

„Aber sie ist sehr ordentlich und brav.“

„Dann erzähl' mir nichts von ihr, es interessiert mich nicht.“

„Aber du bist ja selbst an allem schuld“, schrie Weinsteiner, verzweifelt. „erst setzt du mir einen Noh ins Ohr und dann willst du mich nicht einmal anhören.“

„Aberchen, du scheinst sehr aufgeregt zu sein“, sagte Elisabeth beschwichtigend. „Wenn es sein muß, so erleichtere dich und erzähle, was dich drückt.“

„Was soll ich nun tun?“ rief Weinsteiner verzweifelt, als er seine sonderbare Bekannte beendete hatte.

Elisabeth, den nichts aus dem Gleichgewicht brachte, brauchte nicht lange zu überlegen und rief: „Sag' um! Ich hab' dich auf den ersten Blick abgeköhnt. Du bist ein guter Mensch, aber klein. Laß dich formatieren. Du bist ein Geschäftsbücher. Du wirst den Leuten Gewürz, Stärke, Kaffee zu wiegen und sie dabei beschreiben beschreiben. Du bist der geborene Greißler. Du hast auf Greißlerart gearbeitet. Und kannst damit nicht weiter. Werde daher wirklicher Greißler und heirate deine Jung-

frau. Das ist das, was du brauchst. Und noch auch für sie das Richtige ist.“

„Elisabeth, du verflüchtet Junge, ich weiß, du machst dir einen guten Tag aus mir, aber ich glaube, daß du es ertragen hast“, sagte Weinsteiner. „Wenn ich ein Weib hätte! Das könnte aus mir machen, was es will!“

„Greißler haben immer Familienkassen. Alterchen. Gähle du vor dreißig Jahren ein Frauenzimmer gefunden, die deinen Wackel nicht bemerkte, härest du heute Kaufmann in der Hauptstraße und würdest Kerle, wie du es bist, berücken, weil sie dein Geld stehlen, wenn du in die Elektrische fährst. Aber es ist noch nicht zu spät. Heirat' sie sobald du hinauskommst und laß die Greißlerei an.“

„Heirat' sie“, flüsterte Weinsteiner verträumt. „Wird sie mich aber wollen?“

„Nede Frau will, wenn der Mann einen starken Willen hat.“

„Wenn der Purche aber meine Verzerrung am Rücken trägt?“

„Du mußt nur zweifach stark wollen und sie ist dein. Und sie wird dein.“

„Elisabeth“, rief Weinsteiner, „du bist jetzt mein bester Freund. Falls sie mich wirklich nimmt, mußt du mein Auge sein.“

Am Abend dieses Tages fürzte Herr Neuklein erbt und besorgt in die Kasse. „Augens, der Vizepräsident Koch hält Inspektion im Haus. Hast ihr alles in Ordnung? Die Damer müssen Sie ablegen, Herr Elisabeth, und du, Kerl, wir sind doch alle Kameraden, ich bringe dir heute ein feines Radfahren.“

Da Weinsteiner verstockt schwieg, sagte Herr Neuklein beinahe flüchtig: „Wirst doch wegen einer Dummheit, die mittags zwischen uns war, keine Reden machen! Du weißt, ich laß nichts auf dich kommen, hab' dich nur ärgern wollen. Meine Ase brät eine Strubwurst für dich, damit wir dein Jubiläum richtig feiern.“

(Fortsetzung folgt.)

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Der Weg des deutschen Aktivismus

Ein Vortragsabend in Prag

Ueber Einladung der um die demokratische Zeitschrift „Program“ gescharten tschechischen Journalisten und Politiker hielt Genosse Jaksch am Dienstag abend einen Vortrag über die Ursachen des Wahlerfolges der Sudetendeutschen Partei. Den Vorsitz führte der bekannte Linkspublizist Dr. Ripka.

Man müsse, so führte Genosse Jaksch aus, in Zukunft weniger von Personen und mehr von den Problemen reden. Die deutsche Frage in der Tschechoslowakei ist neu aufgerollt, seitdem wir ein aufgerolltes, kriegerisches Deutschland nach Nachbarn haben. Dabei ist die Politik einer ganzen Reihe von Staaten berührt worden. Auch die Tschechoslowakei mit ihrer starken deutschen Bevölkerung an der Staatsgrenze kann davon nicht unberührt bleiben. Die tschechische Politik nach dem Kriege war mehr den Problemen der östlichen Staatshälften zugewandt. Der ungarische Revisionismus erschien als der Hauptfeind, in zweiter Linie die Dabburger-Gefahr. Durch Befassung mit der slowakischen Frage hatten die tschechischen Parteien die Aussicht, neue Wähler zu gewinnen. Jede tschechische Partei, die sich in der deutschen Frage exponierte, riskierte ihre Machtposition im eigenen Volke.

Das Staatsinteresse hätte es aber erfordert, dem deutschen Revisionismus sichbare nationale Erfolge zu geben

und so in der deutschen Bevölkerung die Hoffnung auf seine sukzessive Vereinnahmung der nationalen Streitfragen zu stiften. Wir wollen aber die Schuld an der überraschenden Entwicklung im deutschen Lager nicht einseitig auf die tschechische Politik abwälzen. Dieser hätte unter dem Sudetendeutschen auch dann Anhänger gefunden, wenn zuvor eine hundertprozentige Lösung der nationalen Frage gelungen wäre. Ein großer Teil der deutschen Intelligenz und unserer Mittelschichten hat eben nur gelernt, in abstrakten Nachbegriffen zu denken. Die Suche eines blinden Glaubens an die Gewalt beherrscht heute fast überall die deutsche Politik.

Die tragischen Folgen der Niederlage und des europäischen Industrieriefes überlebten im deutschen Bewußtsein alle wirtschaftlichen und sozialen Leiden.

haben zu einem Anflattern an den nationalen Machtgedanken geführt. Es sind im deutschen Volke aber auch Gegenkräfte vorhanden, die im Geistigen und Sozialen wurzeln. Ihre Schwäche und zeitweilige Ohnmacht muß in der Situation begründet sein.

Aus dieser Betrachtung folgert der Vortragende, daß die Hauptursachen des Wahlerfolges der Partei außerhalb der Grenzen

in der Anziehungskraft des Hitlerismus liegen. Auch eine systematische Einschüchterung der Grenzbevölkerung, wirtschaftlicher Terror und eine großausgezogene faschistische Propaganda haben viel dazu beigetragen. Demgegenüber erfolgte kein einheitlicher Einfluß der Staatsautorität. Die beste Reflexion für Genossen waren die Nachrichten, daß einflußreiche Politiker mit ihm verhandelt haben. Solchen Bemerkungen gegenüber kann die Demokratie nicht mit toxischen Schachbügen, sondern nur durch die Geltendmachung ihrer Grundzüge auskommen.

Die geschilderten faktischen Fehler können aber nicht allein die große Schwächung des deutschen Aktivismus erklären. Es fehlte an einer demokratischen Konzentration im deutschen Lager. Die Christlich-Sozialen und die Landbündler ließen sich zu ihrem eigenen Schaden in einen ausfahrlösen antimarksischen Wettlauf ein.

Ein offenes Bekenntnis zur Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern, wie es im tschechischen Lager erfolgte, hätte auch auf deutscher Seite viel zur Heiligung der Atmosphäre beigetragen.

Dies liegt die Aufgabe einer inneren Neuorientierung des deutschen Aktivismus vor.

Schwerwiegend haben die Folgen der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der allgemeinen Nationalitätenpolitik im Staate zu dem Wahlergebnis beigetragen. Redner bringt eine ganze Reihe von Beispielen, wie sich die deutschen Arbeitslosen in den Grenzgebieten mit vollem Recht bei der Vergabung von öffentlichen Arbeitsplätzen benachteiligt fühlen müssen. Das Schlagwort von den „verdeutschen Gebieten“ richtet schlimme Reflexwirkungen an. Die nationalen Erfolge des tschechischen Volkes können nicht auf Kosten der deutschen Existenzmöglichkeit gehen. Hierbei geht es in der Tat um eine Frage des Lebensraumes. Wir anerkennen die Notwendigkeit einer einheitlichen Administration, fordern aber einen gerechten Anteil der Deutschen an den Leistungen des Staates.

Ohne entsprechende Vertretung in der Administration muß sich der deutsche Aktivismus auf die Dauer verfluten.

Eine Remedur bei Aufnahmen in den öffentlichen Dienst ist unerlässlich. Wir fordern erneut diese Remedur, auch auf die Gefahr hin, daß sie die Sudetendeutsche Partei als ihren Erfolg ausbildet. Ein

Horizont der heutigen Praxis führt Genossen mehr. In diesem Punkt ist eine Umorientierung notwendig schon mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Terror, der gegen die republikanischen Elemente ausgeübt wird. Die Demokratie muß sich gegen die wirtschaftliche Erdrosselung ihrer Anhänger ein Recht zu schaffen wissen. Wir verfallen nicht in die Bahndarstellung der Heuleinanhänger, daß einige hunderttausend deutscher Arbeitsloser im Staatsdienst unterzubringen wären. Notwendig ist es, dem deutschen Aktivismus den Stachel des tatsächlich vorhandenen Unrechts aus dem Fleische zu ziehen, damit in der deutschen Bevölkerung jene Klärung und Beruhigung eintritt, die für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen und sozialen Aufbauarbeit notwendig erscheint.

Der deutsche Aktivismus braucht ein politisches Existenzminimum.

Seine nächste Aufgabe ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Konzeption mit der tschechischen Demokratie. Zur Erörterung steht nicht, was man den Deutschen geben soll, sondern was der Staat im eigenen Interesse tun muß, um die Herzen der deutschen Mitbürger zu gewinnen. Der Staat darf nicht Kampfinstrument der einen Nation gegen die an-

## Dr. Czech und Dr. Spina in Lana Heute Abschluß der Empfänge

Prag. Amlich wird gemeldet, daß der Präsident der Republik am Donnerstag im Rahmen der Besprechungen mit den Parteiführern der beiden Minister Dr. Czech und Dr. Spina empfangen hat. Am Freitag dürften die Besprechungen mit dem Empfang des Abg. Rajman (tschechische Gewerdepartei) abgeschlossen werden. Für Freitag nachmittags sind Vertreter der slowakischen Volkspartei zu Malypetr geladen.

Der „Sensov“ erklärt, daß die alte Koalition als Ganzes beisammenbleibt und nur um die Gewerdepartei und vielleicht um die deutschen Christlich-Sozialen vermindert werden wird. Die Frage der Beteiligung der deutschen Christlich-Sozialen ist jedoch noch nicht bereinigt. Es sei nicht ausgeschlossen, daß ein Ministe-

### Was wir am nötigsten brauchen

Die christlichsozialen „Deutsche Presse“ macht seit der Wahl Stimmung für die Aufnahme Genleins in die Regierung. Dabei kommt sie neuerdings in ihrer Freitag-Ausgabe auf die großen Erfolge der seinerzeitigen christlichsozialen Regierungsbeteiligung zu sprechen. Sie schreibt:

Rückschauend muß jeder Unbefangene heute ausgeben, daß dieser „erste“ Aktivismus ein zwar heftiger, aber vielversprechender Anfang war, der für das Sudetendeutschtum auf allen Gebieten, aus denen es sich bedrückt fühlte, im Sprachenrecht, im Schulwesen, in der Staatsangestelltenfrage, in der Bodenreinerlegung usw. eine entscheidende Wendung zum Besseren brachte, vor allem aber die feierliche Anerkennung der Gleichheit unter Gleichen.

Es kam der „weite“ Aktivismus der eben abtretenden Regierung und Mehrheit, der leider auf allen Linien versagte und die „Erfüllungs-politik“ des Aktivismus scheinbar ab absurdum geführt hat. Wohl ein Grund, wenn nicht der Hauptgrund für das Wahlergebnis auf deutscher Seite.

Und nun pocht die neue sudetendeutsche Partei mit gewaltigen Schlägen an die Tore des Parlamentes. Die Antwort kann nur sein: ein „dritter“ Aktivismus, der gleich dem ersten auf dem Boden und im Rahmen des Staates das vollendet, was dem ersten noch zu erreichen ver-faßt war und was der zweite ver-säumt hat.

Hier erscheint also die allzeitwährende Parole des deutschösterreichischen Bürgerturns von anno Local „An Bis marck brauchen wir halt!“ gewandelt zu der geläufigeren „An zweiten Marx-Harting brauchen wir halt!“ Ob Genleins durch die Aufgabe, der zweite Marx-Harting zu werden, sich sehr gehoben fühlen wird, ist schwer zu sagen. Ver-waltungsreform und ähnliche Erfolge sind ab-sprechende Spuren. Der einzige Erfolg war, daß damals Marx-Harting während seiner Minister-schaft ein wenig tschechisch gelernt hat. Wenn aber die Sudetendeutschen wiederum glauben, sie würden von einem Heuleinminister nichts Schlim-meres erleben, als unter dem Bürgerdick, dann würden sie sich furchtbar täuschen. So reaktionär das Regime des ersten Aktivismus war — die Verwirklichung eines dritten, Genleinschen, würde uns den Marx-Harting erst von allen Seiten schämen lehren!

bere sein, er muß Schiedsrichter zwischen seinen Völkern werden. Zur Vorbereitung organischer Lösungen sollte entweder ein Rationalitäten-Ministerium oder vorläufig wenigstens eine Sektion für nationale Fragen beim Ministerratpräsidium geschaffen werden. Wir deutschen Sozialdemokraten sind optimistisch in bezug auf die Zukunftschancen der Demokratie. Unsere 800.000 Wähler verkörpern eine tapfere Bestimmung. Es wird uns eine Genug-tung sein, die Heulein-Bauern und Herrn Dr. Kofsch wieder reumütig zum Aktivismus zurückzu-lehren zu sehen. Eine Partei allein kann es aber nicht schaffen. Notwendig ist die Bildung einer festen Kampfgemeinschaft der tschechischen und deut-schen Republikaner, damit auf dem Boden Mittel-europas der Geist Rasaraks über den Angriff des Hitlerismus siegt.

An diese von dem zahlreichen Auditorium mit Beifall aufgenommenen Darlegungen schloß sich eine sehr anregende Debatte, an der sich u. a. die Journalisten Grimichová, Miloš Bandl, Jise, Dr. Ripka, Dr. Chytil, Dozent Dr. Fischer, Genossin Kiedl und Ge-nossin Senator Jozka Genes beteiligten. In der auf großer Höhe stehenden Aussprache wurde der republikanischen Treue der deutschen sozialdemo-kratischen Arbeiter ebendobste Anerkennung ge-sollt und die Bereitschaft zu engerer verständnis-voller Zusammenarbeit mit den demokratischen Gruppen des deutschen Volkes durchwegs betont.

rium ohne Portefeuille für die Deutschen errichtet wird, so daß diese außerdem nur noch ein Fachministerium erhielten. Sollte es zu einer Einigung über die vorgeschlagene Kooperation zwischen den Land-bündlern und den Christlichsozialen kommen, dann soll ein Vertreter der Agrarier das Mini-sterportefeuille erhalten und ein Christlichsozialer Vizepräsident des Abgeordnetenhauses werden. Die Änderungen in der Ressortaufteilung und auch in den Personen würden voraussichtlich nicht groß sein. Das Blatt hält es für mög-lich, daß Finanzen und Schule in den Händen der bisherigen Beamtenminister bleiben und daß noch zum Wochenende oder am Sonntag Malypetr bereit in der Lage sein wird, dem Präsidenten der Republik die fertige Kabinettsliste vorzulegen.

### Die „Ehre der Sudetendeutschen wird gleichgeschaltet

Was im religiösen Sinn gut oder böse ist bestimmt der Papst, der bekanntlich in diesem Punkte unfehlbar ist. Was vor der staatlichen Obrigkeit erlaubt und verboten ist, bestimmt das Strafgesetz. Was für einen Sudetendeut-schen ehrenhaft oder unehrenhaft ist, bestimmt Herr Ernst Kundl, Leiter des deutsch-politischen Arbeitsamtes und Abgeordneter der Heuleinpartei. Man sieht den Menschen oft nicht an, was in ihnen steckt. Wer hätte das von Herrn Kundl gedacht, den wir noch genannt haben, als er bedeutend kleiner war, daß in ihm ein neuer Mojzes steckt, dessen Gebote wir halten müssen!

In den Sudetendeutschen Presse-Briefen schreibt besagter Kundl:

Wer um seiner politischen Ueberzeugung willen im politischen Kampfe unterliegt, bleibt trotzdem ehrenhaft. Wer aber in einem gemischt-nationalen Staate aus ehrgeizigen, egoistischen oder sonstwie kleintlichen Gründen den nun selbst schon den Einfältigsten klar erkennlichen Volks-gemeinschaftswillen des Sudetendeutschtums durch Schrift, Wort oder Tat weiterhin mißachtet, würde volkspolitisch unehrenhaft. Das sei im Vorhinein allen denen gesagt, die vielleicht immer noch mit dem Gedanken spielen, Konrad Genleins Werk und den sudetendeutschen Volksgemein-schaftswillen nur als eine Parteianglegenheit alten Stils betrachten zu können.

Eigentlich brauchen wir uns nicht darum an-zunehmen. Denn gerade wir haben Genleins Werk niemals als eine „Parteiangelegenheit alten Stils“, sondern immer als etwas Neues, näm-lich als den — immer weniger gelernten — su-detendeutschen Hitlerfaszi-mus angesehen. Genügt das, Herr Kundl, zu unserer „Ehrenhaftigkeit“? Oder müssen wir uns erst, wie so viele Ihrer Parteigänger ein ansehn-liches Register von Vorstrafen wegen Betrugs, Toischlags, Diebstahls, Kinder-schändung usw. zulegen, um „volkspolitisch ehrenhaft“ zu sein?



### Tiefer hängen

Verleumdungsmethoden der „Narodni Listy“

Wir haben schon gestern die Giftmischer-metoden der „Narodni Listy“ angezapft, die ge-schrieben haben, daß in Peterswald sozialdemokra-tische Wahlkommissionsmitglieder für Genleins ihre Stimmen abgegeben haben. In derselben Num-mer der „Narodni Listy“, in der diese falsche An-schuldigung erhoben wird, ist noch eine Verleum-dung unserer Partei enthalten, die nicht besser ist. Darin, daß sie von dem ehemaligen Abgeord-neten Dr. Luvafsky stammt. Es werden da zwei Behauptungen aufgestellt. In der ersten wird gesagt, daß die deutschen Sozialdemokraten Flugblätter verbreitet hätten, daß die Stadt Karlsbad keine Subventionen bekommt und nicht aus der Schuldenwirtschaft herauskommen werde, wenn sie nicht sozialdemokratisch wählen wird. Die lautet nun das Flugblatt, das unsere Partei in Karlsbad herausgegeben hat wirklich? Es wird da gefragt:

Am allerwenigsten oder kann die Stadt Karlsbad in ihrer ungeheuren finanziellen Be-drängnis es sich erlauben, durch eine Heuleinwahl eine tschechische Totalität gegen sich zu mobilisie-ren. Die Stadt Karlsbad sah sich gezwungen, die Hilfe des Staates anzurufen. Ihre Hilfsanfragen ist in Prag noch nicht erledigt. Es wird auch dann, wenn wieder ein deutscher Sozialdemokrat als Minister in der Regierung sitzen wird, kaum vollständig honoriert werden, denn die Gegenrä-mungen sind so hart, daß bekanntlich der deutsche Sozialdemokrat um jede Million, die er für das sudetendeutsche Volk in Prag beansprucht, schwer ringen mußte. Aber das Ansuchen der Stadt Karlsbad um finanzielle Hilfe wird nicht um einen Heller berücksichtigt werden, wenn die Wähler-schaft Karlsbads sich am 19. Mai den Zug er-lauben sollte, Totalität gegen Prag zu spielen, also die „Sudetendeutsche Partei (Vorsitzender Konrad Genleins)“, die in Prag nur auf verschlossene Türen und verschlossene Herzen rechnen kann, als Karlsbads Vertretung zu wählen. In diesem Sinne würde die Wahl wirklich als eine „Volks-avotimmung“ Karlsbads betrachtet und in Prag gewertet werden. Das ist aber nicht allein eine Angelegenheit der Karlsbader Hoteliers und Kur-hausbesitzer, der Karlsbader Kaufleute und Hand-werker, sondern aller Karlsbader überhaupt, weil sie alle zusammen die schweren Folgen zu tragen hätten.

Eine weitere Behauptung, welche Dr. Lu-vafsky aufstellt, ist, daß die deutschen Sozial-demokraten in Karlsbad in dem betreffenden Flug-blatt erklärt hätten, daß jeder betreffende Angeheli-ge im Baderbetrieb und in der Gastwirtschaft eine Prüfung aus der tschechischen Sprache werde ab-legen müssen und daß er entlassen werde, falls er bei der Prüfung durchfällt. Nur in dem Falle, daß die Angestellten sozialdemokratisch wählen, werde die Sprachenprüfung unterbleiben.

Was wird nun in unserem Flugblatt dar-über gesagt?

Am schlimmsten jedoch würde sich eine Karls-bader Totalität im Sinne Genleins gegen die Ar-beiter und Angestellten in den Kurbetrieben aus-wirken. Die alltschechische Koalition — und etwas anderes könnte die Auswirkung eines Heulein-sieges nicht sein — würde die Sprachbeding-nisse für die Angestellten und Arbeiter der hüt-tischen Betriebe sofort in strengste Wirksamkeit treten lassen. Mit Protesten und Demonstrationen wäre dagegen nicht aufzukommen, wenn nie-mand mehr in der Regierung sitzen würde, der sich unserer deutschen Arbeiter und Angestellten an-nähme. Viele und viele Baderhausbedienstete und sonst in Kurbetrieben Beschäftigte, die heute Ge-fangene der Heuleinschen Wrasen sind, ohne an das Uebermorgen zu denken, würden auf die Straße hinausfliegen und anderenationale Arbeit-er und Angestellte würden an ihre Stelle treten. Dann käme freilich die Einsicht, aber dann wäre es zu spät!

Wie man sieht, greifen die „Narodni Listy“ einfach zu Verleumdungen, um unsere Partei in den Augen der tschechischen Öffentlichkeit herab-zusetzen. Diese Methode setzt freilich nicht uns herab, sondern die „Narodni Listy“ und zeigt, auf welchem Niveau das Blatt, welches einst das Organ der tschechischen Intelligenz war, ange-langt ist.

# Tagesneuigkeiten

## Suhs Leichnam im Pantheon

**Venezian.** Die sterblichen Überreste des verstorbenen Komponisten Josef Suk sind in seiner Wohnung in Venezia in der Zufawä 14, Nr. 799 aufgebahrt. Am Totenlager haben sich die Familienangehörigen eingefunden. Das Antlitz des Toten hat einen ruhigen Ausdruck. Ein Testament Suhs wurde nirgends gefunden. Die Dispositionen zum Leichenbegängnis werden noch nicht getroffen, wahrscheinlich werden die sterblichen Überreste nach Prag überführt werden, wo sie im Pantheon werden aufgestellt werden. Die Beisetzung wird dem Wunsche Suhs gemäß in seiner Heimatgemeinde Kletovice bei Venezia stattfinden.

## Todesurteile über Todesurteile

gegen mazedonische Terroristen und bulgarische Räuber — Kommunistenband

**Aus Sofia** wird berichtet: In der Stadt Prowodija im Osten Bulgariens, wurde der Anführer einer Räuberbande, Janaki Galic und drei weitere Mitglieder dieser Bande zum Tode durch den Strang verurteilt. Einer dieser Räuber wurde zu lebenslänglichem Kerker, zwei weitere zu je 15 Jahren und die übrigen zehn Mitglieder der Verbrecherbande zu Freiheitsstrafen in der Höhe von dreieinhalb bis zu zehn Jahren verurteilt.

In der Nähe von Slivna in Südbulgarien überfielen vier haark behaftete Räuber einige Reisende und beraubten sie. Die Räuber wurden als die illegalen Kommunisten erkannt, die nach dem Mutergerichten des 30. April in Emina, wo damals ein Polizist und ein Kommunist erschossen wurden, flüchteten und deren die Polizei bisher nicht habhaft werden konnte.

Die Militärgerichte haben bisher 50 Todesurteile gegen die mazedonischen Terroristen ausgesprochen, von denen aber bisher noch keines vollstreckt wurde, weil fast alle zum Tode Verurteilten — sich noch wegen weiterer Verbrechen zu verantworten haben werden...

In Plovdiv nahm die Polizei eine Reihe von Mitgliedern einer geheimen kommunistischen Gruppe fest. In der Stadt Schumen in Ostbulgarien wurden aus dem lokalen Gymnasium 50 Schüler wegen kommunistischer Tätigkeit ausgeschlossen. Auch in den Städten Plovdiv, Haskovo, Warna und anderswo wurde eine große Anzahl von Schülern wegen kommunistischer Gesinnung aus allen bulgarischen Mittelschulen ausgeschlossen.

## Europäische Luftlinie:

Paris—Prag—Moskau—Saijon

**Paris.** (Tsch. P. W.) Der Verordnungsgeber des Kammer-Ausschusses für Flugwesen Michel Walter empfahl die Annahme des Flug-Ver-

gängerabkommen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei vom 7. Dezember 1933 zum französisch-tschechoslowakischen Flugabkommen vom Jahre 1935. Im Motivenbericht sagt der Verordnungsgeber, daß durch die Ratifikation die Verwirklichung der Flugverbindung zwischen Paris und Moskau über Prag und ihre weitere Verlängerung über Moskau nach Judschina (Saijon) ermöglicht werde. Die französischen Flugzeuge werden so künftig nicht mehr gezwungen sein, die gefährliche Strecke über dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean zu befiegen, außerdem wird die Flugverbindung bedeutend verkürzt und erleichtert. Die Regelung der Flugverbindung zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei wird daher der Ausgangspunkt der Flugverkehrs-Entwicklung zwischen Frankreich und dem Fernen Osten sein.

## Der Paß der Sklaven.

Am 1. Juni wird in Deutschland das „Arbeitsbuch“ eingeführt. Jeder erwerbstätige Deutsche muß es sich von der Behörde ausstellen lassen, wenn er noch Aussicht darauf haben will, eine Arbeit zu erhalten. Denn der Arbeitgeber ist bei strenger Strafe verpflichtet, es von den bei ihm Beschäftigten einzufordern, um es dem Arbeitsamt zu überreichen. Als Zweck des Arbeitsbuches wird angegeben, daß es dem Arbeitgeber dazu dienen soll, die bisherige Beschäftigung des Stellungsnehmers festzustellen, und den Behörden eine systematische Verteilung der Arbeitskräfte ermöglichen soll. Mit anderen Worten also bedeutet es, daß alle Arbeiter und Angestellten in Deutschland einem Dienstbuch-Zwang unterworfen werden, wie ihn die Gefindeordnung der Vorkriegszeit für die Knechte der Gutsherren und das Dienstpersonal der bürgerlichen Haushaltungen vorschrieb, und daß darüber hinaus die Freizügigkeit des arbeitenden Menschen aufgehoben wird. Denn die behördliche Verteilung der Arbeitskräfte läuft darauf hinaus, daß die Abwanderung und der Zuzug von Arbeitern und Angestellten behördlich verhindert werden kann, insbesondere die Abwanderung aus einem Betrieb mit schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen zu einem, wo man besser bezahlt und anständiger behandelt wird. Und da der Entzug des Arbeitsbuches die Verteilung zum Hungertode bedeutet, hat sich das Hitler-Regime mit diesem Arbeitspaß ein neues fürchtbares Instrument der Volkserziehung geschaffen. Das Bescheidende aber ist die Bestimmung, daß nur jene Deutschen das Arbeitsbuch besitzen müssen, die weniger als tausend Mark im Monat verdienen. Das sind mindestens 99 Prozent aller Erwerbstätigen, aber das vom Sklavenpaß befreite Hundertstel, das die neuen Wenzeln, die Direktoren und die Stars jeder Art umfaßt, hat man gestiftetlich von der unter Kontrolle gestellten „Volksgemeinschaft“ ausgenommen. Sie können ihre Riesengelüster an jedem Ort und mit jeder beliebigen Beschäftigung verdienen, sie brauchen sich über ihre Vergangenheit und ihre Qualifikation nicht auszuweisen, — denn sie stehen über der Volksgemeinschaft, die sie predigen.

Oesterreichs verschlossen sind, die Herausgabe der Briefe ermöglicht zu haben. \*)

Kautsky, der bekanntlich aus Prag stammt, war 1875 in Wien zur österreichischen Arbeiterbewegung gekommen, in einer Zeit politischer und ideeller Verwirrung des österreichischen Sozialismus, da die Bewegung durch den Streit zwischen Schen und Überwinder zerfallen worden war. Kautsky war damals noch nicht Marxist und auch in seinem ersten Buch, in welchem er bevölkerungspolitische Fragen behandelte, hat er noch nicht den marxistischen Standpunkt vertreten. Er arbeitete an verschiedenen Zeitschriften mit, die der deutsche Sozialist Karl Höpfer herausgab, deren Inhalt aber durchaus nicht die Zustimmung der in London lebenden Marx und Engels fanden. Obgleich also Kautsky damals die Marx'sche Lehre noch nicht voll erfaßt hatte, erkannte Engels doch Kautskys Begabung und seinen heißen Lernwillen und lud ihn in dem ersten an ihn gerichteten Brief vom 1. Februar 1881 ein, „aus der Atmosphäre von Antifit heraus“ nach London zu kommen. Das tat Kautsky schon im folgenden Monat und so entwickelte sich nun der Verkehr Kautskys mit Marx und insbesondere Engels, der für Kautsky von ungeheurer Fruchtbarkeit wurde, indem Kautsky Tausende von Anregungen empfing und der für Kautskys Leben und damit für die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus von entscheidender Bedeutung wurde.

Als Kautsky 1881 nach London kam, lebte Marx noch. Aber sein Quasi war schon von düsterer Stimmung erfüllt, weil Frau Marx krebkrank war und man wußte, daß sie nicht mehr lange leben werde. Auch Marx kränkelte immerzu. Selten verließ er seine Wohnung. Engels machte damals — abgesehen der Altersunterschiede der beiden Männer — nur zwei Jahre betrug — einen weit jüngeren Eindruck. Er war sportliebend, bewegte sich viel in freier Luft, war ein Weltmann, während Marx seine Zeit nur dem Studium widmete, seiner Kleidung keine Beachtung schenkte, wenig spazieren ging und in den letzten Jahren beständig kränkelte.

\*) Karl Kautsky: „Aus der Frühzeit des Marxismus“, Engels' Briefwechsel mit Kautsky, 1935, Orbis-Verlag A.-G., Prag.

**Kinder am Franger.** Daß die Judenhege in Hitlerdeutschland von Woche zu Woche an gewalttätiger Intensität zunimmt, ist bekannt. Immerhin blieb diese Aktivität, soweit sie sich in ausgedehnter Pogrom-Taktik auswirkte, auf deren Streicher und seine pornographische Standalpresse beschränkt. Aber selbst das Wüten dieser Blätter überbietet noch ein Artikel, der jetzt im regierungs-offiziösen „Wochenblatt der Reichswehr“ erschienen ist und in dem eingangs mitgeteilt wird, man werde von nun an fortlaufend die Namen arischer Mädchen und Frauen, die in einem „rassisch-gefährlichen“ Verhältnis zu Juden stehen, nebst denen ihrer Kinder veröffentlichen. Es heißt dann wörtlich: „Jüdisches Blut ist für uns Deutsche Gift. Es wirkt unbedingt und in jedem Falle tödlich. Für den davon Infizierten gibt es keine Rettung, denn wenn wirklich in einer Generation die bessere Erbinde die Oberhand gewinnen sollte, so kann man schon für die nächste das Gegenteil annehmen... Die Kinder, die so entstehen, sind in jedem Fall verurteilt, gezeichnete Völkchen... Es muß auch völlig belanglos sein, ob unser Vorgehen in einem Einzelfall eine Härte bedeuten könnte. Wer sich am Gesetz der deutschen Rasse vergeht, ist ein Verbrecher, genau so wie ein Mörder oder ein Dieb!“

**Säureattentat gegen Pierre Cot.** Der radikale Deputierte Pierre Cot, ehemaliger Minister im Kabinett Daladier, hielt Mittwoch abends in Air-les-Bains einen Vortrag. Plötzlich schleuderte einer der Zuhörer eine Flasche mit einem Wermittel nach ihm. Die ätzende Flüssigkeit traf das rechte Ohr des Abgeordneten, der aber nach sofortiger Behandlung in einer halben Stunde den Vortrag fortsetzen konnte. Fünf Erzedenten, darunter der Täter, wurden verhaftet.

**Dnepro-Kraftwerke in Betrieb gesetzt.** Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit, daß am Donnerstag das größte Werk im Aluminiumkombinat der Sowjetunion, die Dnepro-Kraftwerke (Ukraine), feierlich in Betrieb gesetzt wurden. Die Herstellungskosten der Werke belaufen sich auf 100 Millionen Rubel.

**Wolkenbruch über Preßburg.** Donnerstag vormittags zwischen 9 und 10 Uhr ging über Preßburg ein heftiges Gewitter, verbunden mit einem Wolkenschwall, nieder. Der Wasserschwall war so groß, daß das Wasser viele Kelleräume und Wohnungen überschwemmte, so daß in 94 Fällen die Feuerwehren berufen werden mußten, um das Wasser auszuföhren. Nach in den Abendstunden arbeiteten die Feuerwehren an der Ausschöpfung des Wassers im Sidnohaus, im Hotel „Latra“ und in der Pentapassage. Der von dem Wolkenbruch angerichtete Sachschaden ist groß.

**Die Naturfreunde - Genwanderung 1935** wurde für den 20. Juli 1. N. nach Kennersdorf bei Dittersbach festgelegt. Die Ortsgruppe Rumburg besitzt ein Naturfreundehaus, von wo aus die Genwanderung in das Dittersbacher Jagdgebiet stattfindet. Alle proletarischen Organisationen werden ersucht, diesen Tag freizubehalten und für eine zahlreiche Beteiligung zu werden.

Auf Formosa wurde gestern abends ein Erdbeben verspürt. Besonders heftig war das Beben in den Provinzen Taihu und Schinobila. Bis jetzt wurden noch keine Schäden gemeldet. Es ist im

Laufe eines Monats bereits das dritte Erdbeben auf Formosa.

Durch eine furchtbare Gasexplosion stürzte in der 21. Straße von New York ein dreistöckiges Gebäude ein. Sechs Personen wurden getötet, zehn zum Teil schwer verletzt. Die Explosion riß die ganze Hausfront heraus, während das Haus in Brand geriet.

## Das Urlaubsrecht der Industrieangestellten

In letzter Zeit häufen sich bei uns die Anfragen über das Urlaubsrecht der Angestellten im allgemeinen und des Werkmeisters und technischen Angestellten im besonderen.

Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß mit der Inkraftsetzung des neuen Angestelltengesetzes im Jahre 1934 keine Änderung, noch weniger eine Einschränkung des Anrechts jener Personen eingetreten ist, die unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen. Schon der Titel des Gesetzes umschließt im gewissen Sinne den Personkreis. Er lautet:

„Gesetz betreffend das Arbeitsverhältnis der Privatbeamten, der Handlungsgehilfen und anderer Dienstnehmer in ähnlicher Stellung (Privatangestellten-Gesetz).“

Es ist daher auch gar keine Frage, daß Angestellte, die zwar nicht den Titel Privatbeamte tragen, auch keine kaufmännischen Angestellten oder Handlungsgehilfen, aber andere Dienstnehmer in ähnlicher Stellung sind, unter die Bestimmungen des Angestellten-Gesetzes fallen. Die richterliche Auslegung dieser Gesetzesbestimmung ist ja auch sicherungshalber im § 1, Punkt 3, des neuen Gesetzes festgelegt. Dort heißt es: „Für die Beurteilung der Frage, ob ein Angestellter diesem Gesetze unterliegt, ist bloß die tatsächliche Beschaffenheit seiner Arbeiten entscheidend.“

Darüberhinaus sei noch, daß das Oberste Gericht bei der Auslegung „was sind höhere nichtkaufmännische Dienste“, ganz besonders darauf verweist, „daß dieserhalb keine allzu hohen Anforderungen an das Erfordernis der höheren Dienste gestellt werden dürfen, ansonsten Dienstnehmer gegen den Willen des Gesetzgebers seinem Schutze entzogen werden könnten“. Es fällt daher auch der technische Angestellte mit dem Werkmeister unter diese Gesetzesbestimmungen. Sein Urlaubsanspruch wie der des technischen Angestellten ist deshalb nur nach dem Privatangestellten-Gesetz zu beurteilen.

(Weitere Ankünfte erteilt die Zentrale und die Geschäftsstellen des Allgemeinen Angestellten-Bandes, Reichsbund.)

## Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen

**Sonntag**  
**Prag:** Sender 2: 10.05 Deutsche Presse, 10.15 Salonorchester, 12.10 Holinolo, 12.35 Mittagskonzert, 13.45 Leichte Musik, 16.35 Rundfunk für die Jugend, 17.55 Deutsche Sendung; Prof. Dorn: Das Glas im Kunsthandwerk, 22.00 Presse. — **Sender St.:** 14.30 Klavierkonzert, 15.00 Deutsche Sendung; Abenteuer auf hoher See, 16.00 Deutsche Sendung; Leichte Musik. — **Brann:** 15.55 Jazzkonzert, 17.45 Deutsche Sendung; Hildegarde, 19.15 Klaviermusik, 20.10 Gesangskonzert. — **Mährisch-Schwarz:** 17.15 Salonorchesterkonzert, 23.30 Nacht-orchesterkonzert. — **Kufstein:** 12.35 Mittagskonzert.

„Ein länger als sechs Monate fortdauernder Husten“, so schrieb der damals 63jährige 1881 an seinen Freund Souge. Veräufung, Gelenksleiden und Rheumatismus erlauben mir nur selten das Ausgehen und halten mich von der Gesellschaft fern“. So kam es, daß auch Kautsky Marx nur wenige Male besuchte. Dennoch konnte Kautsky das wunderbare Familienleben von Marx kennen lernen, seine unendliche Güte „nicht bloß gegenüber Familienmitgliedern, sondern gegenüber allen Hilflingen, Schwachbedürftigen, kleinen Kindern, Proletariern, bedrängten Genossen. Diese Güte war der Ursprung seines Wissens“. Gewaltigen Eindruck machte auf den Besucher naturgemäß das ungeheure Wissen von Marx. Die wenigen Stunden meines Zusammenseins mit Marx“, so urteilt Kautsky, „genügte mir die ebenso überwältigende wie hinreichende Kraft dieser gewaltigen Persönlichkeit deutlich zum Bewußtsein zu bringen“.

Der Verkehr im Hause Engels' wieder, der viele Jahre dauerte, war für Kautsky nicht nur geistig außerordentlich anregend und unendlich fruchtbar, sondern eine Quelle der Geselligkeit und des Frohsinns. Engels war ein Lebensbejaher, gesellig, vielseitig, in seinem Hause waren stets viele Freunde, viele junge Leute, Männer und Frauen. Engels' Verkehr mit seinen jungen Freunden war kameradschaftlich, alles Professoral-Verhafte war ihm fremd. Er ließ gern auch andere zu Wort kommen, was er sagte, war stets farbig und unterhaltend. Leicht und mißlos floß ihm die Rede, stets prägnant und anschaulich und je nach dem Gegenstand entweder leidenschaftlich oder ruhig... Und über welche Fülle von Tatsachen verfügte sein phänomenales Gedächtnis! In allen Sätteln schienen er gerecht zu sein.“ Man durfte sein Wissen ein englopädisches nennen, ihn selbst einen Polyhistor, wie es außer Marx zu seiner Zeit kaum einen anderen gab, der gleichzeitig ökonomisch, historisch, naturwissenschaftlich, militärisch so beschlagen war wie er“.

So kommt es, daß in den Gesprächen wie in den Briefen, die Engels schrieb, alle großen Probleme jener Zeit, alle wissenschaftlichen Fragen ebenso wie die politisch-taktischen des Proletariats erörtert wurden. Von der Urgeschichte, mit denen sich Marx und Engels ebenso wie Kautsky beschäftigten, über die altrömische Geschichte, das Christentum, die Reformation, die englische und französische Revolution, das Jahr 1848, zu den Fragen der Außen- und Innenpolitik, der Probleme der Organisation der Arbeiterklasse, ihrer Kampfmittel, all das wird in den Briefen erörtert. Für uns von besonderem Interesse sind die Neugierungen von Engels über die Nationalitätenfrage in Oesterreich und die Tschechen. Engels hielt (in den achtziger Jahren) nicht viel von der völligen Unabhängigkeit der „meisten österreichisch-ungarischen Slawen“, immerhin gelangte er zu der für die damalige Zeit kaum zu erwartenden Erkenntnis, daß „wir“ diese Völkern „frei gewähren lassen“ können, „wenn durch den Zusammenbruch des Caesarenthums die nationalen Bestrebungen dieser Völkern nicht von der Vergewaltigung mit panslawistischen Weltbeherrschungsstrebungen befreit sind“ — die panslawistische Konzeption Marjaskys gegen die panslawistische Kamakts ist hier vorweggenommen.

Aber auch naturwissenschaftliche Probleme werden in dem Briefwechsel angefaßt, ebenso wie menschliche und familiäre, das Verhältnis Kautskys zu seiner ersten Frau, wiewohl letztere Engels in seinen letzten Lebensjahren die Wirtschaft führte, kommt da öfters zur Sprache. Es ist fesselnd und stets interessant die Spiegelung der Beziehungen zwischen Engels und Kautsky in dem Briefwechsel zu verfolgen, wobei Kautskys Wahrheitsliebe auch Bestimmungen nicht verschweigt, die aus Mißverständnissen manchmal aufstanden.

Das aber waren Ausnahmen von der Regel. Und diese Regel war, daß dieser Gedanken- und geistiger Austausch geistig und seelisch ungemein fruchtbar gewesen ist und daß die starke Lebenskraft, die geistige Größe und das wunderbare — allseitige Menschentum von Engels uns warm aus den Briefen entgegenströmt. Man muß Kautsky dankbar sein, daß er uns die Kenntnis der Engelschen Briefe ermöglicht hat und was Kautsky dazu geschrieben hat, damit wir die Briefe verstehen und das ganze Wissen lernen, in dem sich der Verkehr der beiden Männer abspielte, läßt den Wunsch noch lauter werden lassen, es möge ihm gegnädig sein, den Schatz seiner reichen Lebenserinnerungen seinen jüngeren Mitkämpfern zu hinterlassen.

Emil Strach

### Die technischen Unterrichtshilfen in Schule und Volksbildung

Zur Klärung der methodischen Verwendung der Herstellung und des Betriebes der modernen technischen Lehrmittel (Lichtbild, Film, Funk, Schallplatte) und der damit zusammenhängenden Organisierung aller Interessenten veranstaltet das Prager Volkshochschulhaus „Urania“ gemeinsam mit dem „Deutschen Lehrerbund im Tschechoslowakischen Staate“ schon seit einer Reihe von Jahren Einführungskurse. Der vierte derartige Kurs findet in der Zeit vom 29. Juni bis zum 4. Juli 1935 in den Räumen der Prager Urania, Prag 2, Alimentska 4, statt.

Das Programm des Kurses umfaßt das gesamte Gebiet der modernen technischen Unterrichtshilfen. Es wird gesprochen über die Schulphotographie und die Herstellung von Diapositiven. Die Kursteilnehmer werden in der Photographie praktisch eingeführt. Auf dem Gebiete des Films wird über die Kinotechnik und über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Filmformate (35 mm, 18 mm, 8,5 mm), sowie über den lötlenden Schmalfilm (16 mm) verhandelt. Vorträge über angewandte Photographie und die photographische Naturkunde finden sich im Programm. Ueber den Schallplattenempfang und die Programmgestaltung im Schulunterricht wird gleichfalls vorgetragen. Auch die Schallplatte als Unterrichtsmittel findet Beachtung. Die Kursteilnehmer werden nach Schredensstein in die Fabrik der Schallplattenfirma Gramophon Comp. Die Stimme seines Herrin“ geführt, damit sie die Herstellung einer Schallplatte aus eigener Anschauung kennen lernen. — Ferner wird auch eine Exkursion in die modernen Prager Kinoschulen auf dem Prater durchgeführt. Den Abschluß der Veranstaltung bildet ein Besuch des Fernsichtlaboratoriums des Prof. Ing. Hürber in Vodňansk, der dort einen einführenden Vortrag in die heutige Fernsichttechnik halten wird, und schließlich unternehmen die Kursteilnehmer einen heimatischen Ausflug mit der Kamera in das Böhmisches Mittelgebirge, unter Leitung von Prof. Dr. J. H. Illmalt.

Der Kursbesuch ist für Lehrer, Volkshochschüler und Photomaneure vollständig unentgeltlich. Anmeldefristen und Anmeldungen bis 15. Juni bei der Prager Urania, Prag 2, Alimentska 4.

Auf dem polnischen Flugplatz Demblin stürzte am Donnerstag ein Militärflugzeug ab, in dem sich ein Instruktor der Fliegeroffizierschule und ein Fliegerleutnant befanden. Beide Offiziere wurden tödlich verletzt.

Ihr Programm! Auf einem Kurse für „Volksdienst“ in Hamburg-Rissen veranstaltete die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ aufolge der neue „deutsche Kräfte“ geboren worden, der neben dem „Jugendgruß des „Deutschen Völkers“ in Ecken bestehen kann. Die „Parteikorrespondenz“, der man ja kaum bedächtige Berücksichtigung zu unterstellen kann, schreibt in ihrem Bericht über diesen Kursus wörtlich:

„Des Morgens werden... vor dem schillerförmigen Hofentzug Anbrachen der Kursteilnehmer gehalten... Das Mahl wird gemeinsam eingenommen, nachdem sich alle die Hand gereicht und „Gut Hunger“ gewünscht haben...“

### Der Zug nach Abessinien

Am 26. April 1935 wurde in London ein Geheimvertrag zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien abgeschlossen, dessen Artikel 16 lautet: „Sollten Frankreich und Großbritannien ihre kolonialen Besitzungen in Afrika auf Kosten Italiens ausdehnen, so werden sie grundsätzlich Italiens Recht anerkennen, eine gewisse Kompensation durch Ausdehnung seiner Besitzungen in Ostafrika, Somaliland und Libyen und den Kolonialgebieten zu erlangen, die die Kolonien Frankreichs und Englands verbinden.“

Durch diese und andere Zugeständnisse wurde Italien als Bundesgenosse genommen. England löste seine Zusagen dadurch ein, daß es das Jubaland Italien überließ, während Frankreich nur eine geringfügige Grenzberichtigung zwischen Tripolits und Libyen zugestand. Italien erklärte sich dadurch nicht befriedigt, sondern forderte Tripolits bis zum Tschadsee. Das wäre der Korridor zu den reichen Ländern des westlichen (französischen) Sudan. Von Tripolits läuft durch Tumpo und Wilma zum Tschadsee eine uralte Karawanenstraße. Eine Eisenbahn oder eine Autostraße längs dieses Weges wäre die kürzeste Verbindung von den Ländern um den Tschadsee zum Mittelmeer und nach Europa. Diesen Plan hat Italien nie aufgegeben. Zwischen seiner Tripolitsgrenze und dem Tschadsee liegen nur 800 Kilometer. Zur Begründung dieser Forderung berief sich Italien darauf, daß die Herrscherrechte des Sultans, dem Tripolits bis 1911 unterstand, sich auf diese Gebiete erstreckten hätten und Italien auch auf diese Gebiete erstreckt hätten und Italien der Rechtsnachfolger sei. Frankreich war nun bei dieser Italienische Ausdehnung bis zu dem Hügel von Erbi und Ennedi in der Mitte der Sahara zu verhindern. Ichts aber die Forderung Italiens am Tschadsee konsequent ab, denn dadurch würde ein Keil in das gewaltige

Kolonialreich Frankreichs in Nordwestafrika getrieben, das von Marokko, Ägypten, Tunis und dem Senegal bis nach Französisch Guinea, Dahome, dem französischen Sudan und Französisch-Nigeria reicht, um sich in Kamerun, dem französischen Kongo und am Ubangi abzurunden. Der Traum des französischen Kolonialisten Sabarnan de S t a z a ist erfüllt.

## Die Rolle der Armee in Spanien

### Ein Staat im Staate

So wenig europäisiert Spanien auch noch immer ist, in zwei Dingen markiert es (nach der Auffassung des katalanischen Schriftstellers Almirall) an der Spitze Europas: „In der Höhe seiner Staatsschulden und in der Zahl der Generale“. In der Tat, seit der Zeit des Freiheitskampfes gegen die Napoleonische Fremdherrschaft dominierten die Generale und haben in der Innenpolitik eine große Rolle gespielt. Bürgerkriege und Kolonialkriege haben die Bedeutung der Armee fortgesetzt gesteigert, aber ein Instrument nach außen ist sie nicht. Im Jahre 1927 zählte das Heer 207.000 Soldaten. Im dieselbe Zeit gab es 19.906 Offiziere, darunter 219 Generale! Für Spanien sind das phantastische Zahlen. „Eine Gesellschaft von Offizieren“, so sagt Madariaga, „kontrolliert das gesamte öffentliche Leben. Ohne sonderliches Interesse für die Außenpolitik“, hat diese Gesellschaft nach seiner Meinung nur ein Ziel: „ihre Macht zu behalten, zu erweitern und einen verhältnismäßig großen Teil der Einnahmen des Staates mit Beschlag zu legen.“ Interessanterweise hat die Armee ihre Bedeutung mit der zunehmenden Steigerung der Gegensätze im Innern des Landes vergrößert. Madariaga gesteht hier und dort bestehende Auffassung, die Armee habe im bürgerlich-revolutionären Sinne gewirkt. Das trifft ganz und gar nicht zu. Im Gegenteil:

„Inskribiert wählte die Armee, daß die neuen Kräfte, wenn ihr Wachstum nicht behindert würde, nach und nach die politische Betätigung der Militärs unterbinden und den Heeresapparat auf den bestehenden Umfang, der für eine vom Ausland nicht bedrohten Nation wie Spanien ausreicht, zurückzuführen werden.“

Die Armee hält sich nicht nur in Preußen für die Verkörperung der Nation. Sie tat das auch in Spanien. Und darum hat sie schon immer mit Verfolgung die Selbstständigkeitsbestrebungen Kataloniens beachtet, die die Einheit der Nation gefährden mußten. Für den Kenner der spanischen Armee dürfte ihre Haltung im Oktoberaufstand, wo sie sich gegen Katalonien wandte, keine Ueberraschung gewesen sein. Man darf nicht vergessen, daß die spanische Armee an ihrer Spitze Offiziere hat, die fast durchwegs aus dem Mittelstande stammen und daß nur ein sehr belangloser Prozentatz aristokratischer Herkunft ist. Schließlich hat die Armee vielleicht gerade aus diesem Grunde keine Maßnahmen gegen die Revolution unternommen, sondern die Republik kommen lassen. Es ist jedenfalls nicht so einfach, die spanische Armee da oder dort einzusetzen. Abgesehen davon, daß sich in der Armee allmählich ein eigenes Bewußtsein und eine Armeeeinstellung entwickelt, bereint die Armee in sich verschiedene Auffassungen.

Sichtbar tritt die Armee seit 1905 in die Politik und das öffentliche Leben ein. Als ein katalanisches Beispiel eine Karikatur brachte, drangen die beleidigten Offiziere in die Redaktion dieses Blattes ein, verschlugen alles, und wurden nicht nur nicht bestraft, sondern lobten — gestützt auf die allgemeine Bewegung im Heere — nach einigen Ministerkrisen das sogenannte Kompetenzgesetz durch, welches die Verantwortlichkeit über Angriffe gegen Offiziere und militärische Einrichtungen den Militärgerichten zuweist. Es ist nicht uninteressant zu erfahren, daß die Regierung und das

Parlament den Ausgang des Konfliktes als eine schwere Niederlage der bürgerlichen Ordnung empfanden, dennoch haben die im Parteienliberalen für das Gesetz gestimmt, um nicht größerer Unheil herauszubekommen. Einige der Besten, so sagt Madariaga, haben zweifellos das unvermeidliche Ende vorausgesehen. Jedenfalls hat die spanische Armee von nun an ganz sichtbar die Entwicklung staatsbürgerlichen Denkens gehemmt. Der König stützte sich immer stärker auf die Armee gegen die aktiven Bewegungen im bürgerlichen Leben. Bald wurden die Minister ignoriert, der Monarch verständigte sich mit seinen Armeekommandanten über ihre Köpfe hinweg. Kontrolle der militärischen Ausgaben usw. gab es nicht. „Das Heer und seine Verwirklichung wurden ein Staat im Staate“ (Madariaga). Aber nicht alle Offiziere machten diese Entwicklung mit und es entstanden Offiziersvereinigungen, die sich nach den Grundsätzen des Syndikalismus organisierten! Offiziersgewerkschaften gegen den Staat. Diese Junta de Defensa stellen für Madariaga eine ungeheure Verirrung dar, offenbaren sich uns aber als ein Stück Klassenkampf in der Armee! Diese Geheimbünde bedrohten die Ministerien und die Krone, schürten sie ein und hatten einige Programmpunkte aufgestellt, wovon einer lautete: Nichteingebung des Heeres bei politischen Unruhen, um eine gefährliche Kluft zwischen Volk und Heer zu vermeiden.“

Das hinter diesen Reueherungen gewisse Anschauungen über die Rolle einer Armee, Modernisierungsbestrebungen usw. stehen, ist nicht ausgeschlossen, aber daß Spanien auch vor einer militärischen Erneuerung und Modernisierung steht, ist sicher. Wer jedoch sein Träger sein und in welchem Geiste diese Erneuerung stattfinden wird, ist noch nicht zu übersehen, weil es vom wenigstens vorläufigen Ausgang der noch immer unentschiedenen Kämpfe abhängt. Bisher haben die Republikaner in der Armee keine Hilfe gehabt, sondern einen Feind. Schon 1873 hatte der General Pavia die Volksovertretung mit seinen Soldaten auseinandergetrieben. Daraufhin nahmen die Deputierten später Revolver mit ins Parlament. In einer revolutionären Volksarmee hat es das spanische Bürgerrecht selbst in den berauschtesten Tagen seines Kampfes nicht gebracht. Es hat kaum gewagt, einige Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion zu bewaffnen. Andererseits fällt es der Armee darum sehr schwer, mit dem Bürgerrecht durch die und Mann zu gehen, weil dieses heute immer wieder die Schranken der Nation durchbrechen muß und nicht mehr im Sinne der Vergangenheit national sein kann. Modernisieren will die Armee das Land zweifellos auch, muß es sogar. Aber anders. Wenn sich selbst die fortschrittlichen republikanischen Offiziere Spaniens nicht auf die Seite der Kämpfenden gestellt haben, könnte die Ursache dafür auch die sein, daß sie — wie viele, ja die meisten Bürger — befürchten, die Revolution könne zu weit gehen und auch sie bedrohen. Man darf nie vergessen, daß sich die feudalen Kräfte zwar verbürgerlichen, die bürgerlichen Kräfte aber nicht verproletarisieren können. Die feudale wie die bürgerliche Gesellschaft sind Klassengesellschaften mit Privilegien, die sozialistische Gesellschaft bedeutet aber die Aufhebung aller Privilegien.

### Rüstungskonjunktur und Metallgeschäft

(AB.) Das heutige internationale Tempo der Rüstungsindustrie übertrifft noch jenes der letzten Jahre vor dem Weltkrieg. Am deutlichsten ist das bei den Metallen, die zur Herstellung von Sprengstoffen benutzt werden. In den letzten vier Jahren konnte Spanien seine Quecksilberexporte vervielfachen, Italien verdreifachen. Italien hat jetzt sogar ein Ausfuhrverbot erlassen, mit der Begründung, daß es alte Kartellverpflichtungen — um die man sich Jahre lang nicht gekümmert hatte — einhalten müsse. Deutschland hat sogar den Verbrauch von Quecksilber für die Herstellung von Thermometern verboten. Dabei war die Einfuhr von 9900 auf 19.500 Pfunden gestiegen. Beinhaltet ist es mit den Edelmetallen, die dem Stahl zwecks Erhöhung seiner Härte zugesetzt werden. Der Preis für Wolfram hat sich in zwei Jahren verdreifacht, obwohl die Produktion mehr als doppelt so groß ist wie 1913. Auch der Preis von Kobalt steigt ununterbrochen, obwohl in Nordrhodesia ein neuer Konkurrent aufgetreten ist. Auch hier hat sich die Produktion verdreifacht. Was Mangang anbelangt, so konnten nicht nur die USA und Indien den Export steigern, sondern es kamen auch riesige Manganganlagen aus den erst nach dem Krieg entdeckten Vorkommen in Ägypten (Galzinsel Sinai), der Goldküste und Südafrika auf den Markt. Lediglich Nickel weist keine Preissteigerungen auf. Das liegt aber nur an der Preispolitik des Nickeltrusts, nicht etwa am Mangel. Denn dieser ist von 57 Millionen im Jahre

1932 auf 96 Millionen 1933 und 122 Millionen 1934 gestiegen. Die Weltproduktion von Aluminium stieg 1934 um 25 Prozent. Diese Entwicklung nahm im neuen Jahre einen stürmischen Fortgang. Der Preis für Aluminium stieg in 2 Jahren allein in USA von 23.000 auf 35.000 Tonnen, und zwar nur der offiziell für Munitionszwecke angegebene. Das gibt nur ein ungefähres Bild von dem Preisverlauf in der ganzen Welt. Vom Kupfer wandern 85 bis 45 Prozent des Angebots in die Lager der Rüstungsindustrie. Deutschland erschließt jede noch so unbedeutende Mine mit den größten Kosten. Frankreich sucht sich jetzt von Chile eine Kupferreserve von 30.000 Tonnen zu sichern. Beinhaltet steht es mit Zinn. Frankreich will die Zinkminen Nordafrikas wieder in Betrieb nehmen. Aber auch hier ist Deutschland der Hauptkäufer. Genauere internationale Zahlen fehlen jedoch hierfür wie auch für Zinn. Jedenfalls zeigen diese Zahlen trotz ihrer Lückenhaftigkeit, welchen Umfang die Rüstungen angenommen haben.

### Rat und Belehrung

finden unsere Gemeindevorsteher in reichem Maße in der „Freien Gemeinde“  
Redaktion und Verwaltung  
Prag XII., Podkova 62/V.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Leichtes Ansteigen des Produktionsindex

Der Produktionsindex, wie ihn „Ogor narodny“ berechnet, zeigt im ersten Vierteljahr 1935 eine stabile Besserung der Produktionsleistungen. Es betrug der Gesamtindex:

	1934	1935
Jänner	59.1	64.6
Feber	61.2	64.8
März	66.4	64.9

Während im Vorjahre der Index größere Schwankungen zeigt, ist diesmal ein langsames Ansteigen festzustellen.

### Die Handelsbeziehungen mit Frankreich

Ueber die tschechoslowakisch-französischen Handelsbeziehungen war kürzlich im Pariser „Le Temps“ folgende bemerkenswerte Äußerung zu lesen: „Die tschechoslowakischen Exporteure können leicht freie Märkte in Frankreich finden; die Tschechoslowakei könnte ihren Glas-, Porzellan- und Textilexport nach Südafrika steigern und weiter neue Märkte in Indochina finden. Wir müssen die wirklichen Interessen beider Länder im Auge behalten. Ihre Politik ist gegenseitig verbunden und ihre Wirtschaft geht noch immer getrennte Wege. Erwägen wir, daß beide Länder zahlreiche Waren in Deutschland kaufen, die sie ohne irgendwelchen Vorbehalt einander gegenseitig liefern könnten, dann fragen wir uns immer, was sie daran hindert.“

Tschechoslowakisches Kapital in Palästina. In Palästina steht die Errichtung einer Fabrik für Draht, Drahtstifte und Schrauben bevor, an der in der Hauptsache tschechoslowakisches und rumänisches Kapital beteiligt ist.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Tun Sie etwas für Ihren Körper! Leisten Endes ist er Ihr größtes Kapital, denn mit Ihren Händen, Ihrem Kopf schaffen Sie Arbeit und Verdienst. Sorgen Sie durch regelmäßige Einnahme mit Alpa-Frangbranntwein dafür, daß Ihr Körper (und damit auch Ihr Geist!) allen Anstrengungen gewachsen ist! Diese kleine Pflege sind Sie Ihrem Körper schuldig; das wird Ihnen auch Ihr Arzt bestätigen.

### Wegen Hochwasser Gefahr und Arbeitslosigkeit.

Infolge des Wasseranstiegs in Rijn wurden einige Betriebe der Bafawerke (Gerbereien, Papierfabrik, chemische Fabriken) in die Marschzonen, den sogenannten „Wahnal“, verlegt. Hier gibt es genug Wasser und zu Zeiten auch ein solcher Ueberfluß, daß die Werke gezwungen waren, Maßnahmen dagegen zu treffen. Coerdt wurde damit begonnen, das Gelände zu erhöhen, u. zw. anfangs durch Zufüllen, später durch Anschwellen von Erde vom am gegenüberliegenden Ufer der Marsch liegenden Hügel. Diese Arbeit wird dauernd fortgesetzt. Um nun auch die zukünftige Stadt Batav zu schützen, sind die Werke zu weiteren Schutzmaßnahmen geschritten, und zwar zur Ausgrabung eines Kanals, der das überschüssige Wasser bei Hochwasser aufnehmen soll. Diese Arbeiten wurden schon im vorigen Jahre zur Linderung der Arbeitslosigkeit begonnen. Das neue Flußbett führt längs des linken Ufers der Marsch und ist bei einer Uchten Breite von 70 Meter Breite und 2,5 Meter Tiefe 1130 Meter lang. Es müssen daher 80.000 Kubikmeter Erde ausgegraben und weggeführt werden. Heute sind bei dieser Arbeit 500 Menschen beschäftigt. Auf der Dammschneise führt bereits eine breite Straße. Je nach Bedarf wird auch ein Schuttdamm am rechten Ufer der Marsch errichtet werden. 100

### Eine neue Art Schule in Batov, 10 Kilometer

von Rijn entsteht in der Nähe der Hügelzonen der Bafawerke eine neue Stadt — Batov. Nach den Ideen und Plänen J. A. Kafas sollen Betriebe und Stadt so gebaut werden, daß sie ein lebendes Denkmal Thomas Batos bilden, der auf diesem damals noch freien Gelände den Tod fand. Dieser Tage schreitet man an den Bau der Schulen, die in ihrer Organisation zu den interessantesten Schulunternehmungen der Republik gehören werden. Es handelt sich um zwei Volkshochschulen und eine Bürgerschule, denen ein Stadion, ein Garten und eine Farm angegliedert werden. Mit dem Stadion wird eine Winterturnhalle in unmittelbarer Verbindung stehen, die wieder mit einem Saal für Theater und Schulveranstaltungen zusammenhängt. Die Schulen werden so gebaut, daß alle Vorbedingungen für eine praktische Erziehung der Kinder gegeben sind. Im Schulgarten wird jeder Schüler sein eigenes Stück Boden zur Bearbeitung besitzen und die Früchte seiner Arbeit selbst verkaufen. In der paritätisch angelegten Kinderfarm werden die Schüler eine eigene Zucht von Küchlein, Schweinen und Geflügel unterhalten. Die Landwirtschaft wird weiter durch einen Versuchsgarten, Glashäuser und Baumschulen vertreten sein. Dabarheit werden die Schüler in eigenen Werkstätten lernen können. Außerdem werden bei jeder Schule sogenannte Lehrhöfe, das sind offene, gegen Wind geschützte Gelände, angelegt, in welchen die Schüler in die physikalischen, mechanischen und konstruktiven Grundelemente eingeführt werden. Große Baukasten, Krane und Hebezeuge werden hier als Unterrichtsmittel verwendet. Bei günstiger Witterung werden einige Gegenstände in einer sogenannten Bastion-Schule in freier Luft und Sonne unterrichtet. 100q

### Orthodoxe, Katholiken und Mohammedaner in Jugoslawien

(W.) Jugoslawien hat nicht nur seine Nationalitäten-, sondern auch konfessionelle Probleme. Nach der Statistik von 1921 waren 45,7 Prozent der Bevölkerung Orthodoxe, 39,3 Prozent Katholiken, 11,2 Prozent Mohammedaner. Der Rest verteilt sich auf Lutheraner, Reformierte, Unierte, Juden usw. Nach der Statistik von 1931 ergab sich aber, daß der Anteil der Orthodoxen auf 48,7 Prozent gestiegen, der der Katholiken auf 37,5 Prozent gefallen war. Die Verschiebung beruht auf der stärkeren Bevölkerungszunahme in den serbischen Gebieten (Zunahme in einem Jahrzehnt 20 Prozent gegenüber 8—12 Prozent in den überwiegend katholischen Gebieten von Kroatien, Slowenien, Dalmatien und Bosnien). Wenn diese Entwicklung so weitergeht, kann man damit rechnen, daß die Orthodoxen die absolute Mehrheit erhalten. Die Stellung der Kirche ist de facto eine verschiedene. Die orthodoxe Kirche fühlt sich im Staat als Nationalkirche und nach ihrer Verfassung sieht dem König das Recht der Auswahl des Patriarchen zu. Eine Beilassung hätte man es gerne gesehen, wenn sich die südslawischen Katholiken zu einer von Rom unabhängigen Nationalkirche zusammengeschlossen hätten. Man verwies auf das Beispiel, daß sich ja auch die serbische orthodoxe Kirche von der bulgarischen und griechischen im 13. Jahrhundert löste. Aber auf katholischer Seite war man naturgemäß nicht dazu bereit, und so ergab sich von selbst die Suche nach einem modus vivendi. Kompliziert wird dies Problem gerade durch die parallel laufende politische Frage: Zentralisation oder Dezentralisation. Solange es noch nicht zu der italienisch-jugoslawischen Verständigung gekommen war, war man auch geneigt, hinter Rom — Mailand zu sehen. Und schließlich bestand im Hintergrunde auch die Vorstellung von der Sabitzer Restauration, alles Momente, die die reservierte Einstellung zum Katholizismus verständlich machen. Dabei das Interesse an der Stärkung der Orthodoxie und der Förderung des Islam. Bei der Varna-Einigung von 1929 erhielten 6 von 9 Banaten eine orthodoxe Mehrheit. Die orthodoxe Kirche hat auch in den gemischten Gebieten eine rege Tätigkeit entfaltet. Es wurden neue Kirchen gebaut und neue Metropolen eingesetzt. Der Gegenpart spielte sich auch bei den Jugendorganisationen (Solof gegen Orel). Die Freimaurer und die Katholiken standen dabei auch auf der Seite der Gegner des Katholizismus. Eine Beilassung wurde auch eine rege Propaganda für die Verbreitung der Jesuiten getrieben. Kanakam aber tritt auch auf diesem Gebiete der Geist der Versöhnung ein, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die historisch bedingten und bereits nachlassenden Spannungen durch ein Konkordat ihr Ende finden. Keineswegs sieht es mit den Mohammedanern. Ihre Vorherrschaft war nach der Eroberung Bosniens durch die Türken zum Islam übergetreten. Der Sprachgebrauch des Volkes ist zwar heute noch vielfach Konfession mit Nation gleich, aber die bosnischen Mohammedaner fühlen sich nicht mehr als Türken, sondern sind sich bewußt, daß sie gleicher Abstammung und Sprache mit Kroaten und Serben sind. Dennoch widerstehen auch sie sich den Katholiken an, zumal als ihre Selbstverwaltung beseitigt wurde und ihre neuer Ulema Belgrad als Sitz anzuweisen erhielt. Aber auch hier wirkt die Zeit ausgleichend und führt langsam zu einer Überwindung der Gegensätze.

# Trager Zeitung

## Kunst und Wissen

**Mascagnis „Cavalleria“ und Leoncavallos „Pagazzo“**, die beiden unverwundlichen deutschen Musteropern, dienten gestern im Prager Deutschen Theater einem Massengastspiel von Sängern und Sängern, ohne daß Näheres über den Zweck und die Absichten dieser Gastspiele verlautete. So müssen wir uns darauf beschränken, über die künstlerischen Fähigkeiten der einzelnen gastierenden Künstlerinnen und Künstler an sich zu berichten. Ernst zu nehmen war nur der Tenor des aus Basel kommenden Tenors Kurt Baum, eines Sängers, der nicht nur über große, sondern auch über schöne Stimmkräfte verfügt. Darstellerisch wirkte er noch anfängerhaft unbedarft. Ob er ein wirklicher lyrischer Tenor ist und ob seine Stimme auch größeren Aufgaben gewachsen ist, mühte er allerdings erst in einer anderen Partie zu beweisen. Die drei anderen Gäste. — Hr. Holland als Lola, Hr. Saiter als Sedda und H. Simel als Canio — zeigten Leistungen, die ihr Gastspielrecht ganz rühmend machten. Als Santuzza hörte und sah man zum erstenmal Ar. Vera Raafinaer, die ihre Partie vor allem sehr kultiviert sang, diesmal aber auch als Darstellerin hart zu fesseln war.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Freitag, halb 8: Die Niedermaus D 2. — Samstag, halb 8: Serbus, Serbus! B 1.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Freitag, halb 8 Uhr: Habsbagan, vollständ. Vorstellung. — Samstag, halb 8: Regen und Wind, Erstaufführung.

## Vereinsnachrichten



**Wichtige Informationsversammlung am 5. Juni halb 8 Uhr abends im Hotel „Monopol“**, gegenüber dem Nationalbahnhof (Kunsthalle). Referent Genosse Storch, Kuffia. In dieser Versammlung sind alle Parteimitglieder und die Mitarbeiter aller befreundeten Organisationen auf herzlichste eingeladen. Erscheinen aller zu dieser Versammlung ist Pflicht, denn es gilt heute mehr als früher, zusammenzukommen und unsere Organisationen auszubauen. Die Wahlperiode bedeutet eine Aufgabe mehr für uns, die wir zu erfüllen haben. Darum an die Arbeit mit neuer Kraft, erhöhter Aktivität, Disziplin und Treue unserer Organisation und unserer roten Fahnen. „Freiheit“

**Allgemeiner Anstellten-Verband, Reichenberg, Gruppe Prag.** Amtsstunden: Mittwoch, 6 bis 8 Uhr abends, Narodni ul. 4/11. Meldet freie Posten unter Telefon 51351. — **Ausschreibung** am Samstag, dem 1. Juni, 7 Uhr abends, „Monopol“. — **Nächste Kitzlieder-Zusammenkunft** am 1. Juni, Samstag, 8 Uhr abends, Winterhalle Hotel „Monopol“. Einzelführte Gäste willkommen. Besichtigung der Truderei im Volksbau. — **Jung-Angestellten-Treffen**

In Brak zu Offizien. Anmeldungen Mittwoch in der Kasse. — **Finanzfahrt** (Sonntag) nach Pilsch-Katolin, 20 Kč pro Teilnehmer. Abfahrt Denisbahnhof 7 Uhr 27. Rückkehr in Prag 21 Uhr.

## Sport-Spiel-Körperpflege

**Radrennen Paris—Montreux** der französischen Arbeiter-Radsfahrer. In dem am vergangenen Sonntag durchgeführten Radrennen nahmen 125 Fahrer teil, 40 waren im Endspurt. Sieger wurde Taillegrain (Paris), der die 108 Kilometer lange Strecke in 2:51:21 Std. zurücklegte.

**Die Bürgerlichen gute Geschäftsmacher im Sport.** Der Länderkampf gegen die Tschechoslowakei in Dresden brachte dem Rost-Club ein Einnahme von mehr als 800.000 Kč. Der Sieg über die Tschechoslowakei ergab somit einen fetten Gewinn. Eintrittskarten wurden zu einem Preise von 10 bis 80 Kč verkauft. Die EMG erhielt für das Spiel 40.000 Kč und außerdem verkaufte sie gegen 10.000 Karten für 14 Kč und verdiente damit 4 Kč pro Karte!

**Nicht um jeden Preis!** Die Prager sozialdemokratische „Manni nobis“ schrieb in ihrer Betrachtung über den Fußballländerkampf der Tschechoslowakei in Dresden u. a.: „Wir sind selbstverständlich für den internationalen Sportgedanken, aber nicht mit jedem und nicht um jeden Preis! Und darum auch nicht mit dem für uns heute „gleichgeschalteten“ deutschen Sport!“ — Die bürgerlichen Sportmacher und „Führer“ sehen jedoch in der Förderung des internationalen Sportgedankens nichts anderes als eine „Förderung“ des Geschäfts und um

das zu erreichen, ist ihnen jeder, auch der „gleichgeschaltete“ Sport des Dritten Reiches, willkommen. Pariser! Anton Barton, der mehrfache Tschechoslowakische Meister im Skispringen, ist Mittwoch bei einem Radunfall schwer verunglückt. Als Barton in der Nähe von Vysoké eine steile Straßenstraße herabfuhr, riß die Rente seines Fahrrades und zugleich verlor die Bremse. Barton wurde gegen einen Baumstamm geschleudert und schwer verletzt.

## Der Film

### Der Himmel auf Erden

Ein Wiener Operettenfilm, dessen (von Robert Etola geleiteter) Musik ebenfalls Reminiszenzen erweckt wie die Lustspielhandlung und die Reize. Eine Fülle des von Nachahmern lebenden Herrn Emma. Es ist ein Aufmarsch oft dazwischen Schläger und Späße, der im Hinblick darauf, daß wir noch nicht im Hochsommer sind, ein wenig verfrüht erscheint, aber von einem aus lauter betäubten Lustspiel-Routiniers bestehenden Ensemble für ein anspruchsloses Publikum gefällig gemacht wird. Heinz Kühmann, der jungenhaft Dreiste, Hans Moser, der würdevoll Rekrutiert, Hermann Thimig, der treudersig Kofke, dazu die wirklich familiäre Heide Sandrad und die selbstgefällige Riaz Solischna bevollern diesen Film-Himmel, der mit der Erde und der Wirklichkeit allerdings nicht die geringste Berührung hat. — 118

**Urania-Kino, Klimentská 4.**  
Fernsprecher 6162.  
No. 1111.  
**„Das Meer ruft!“**  
8—10... Winthöhe 10.  
Ein Heinrich-George-Produkt.



Josef Mojica, Alois Moreno und Tito Coral in dem amerikanischen Film „Der Kosakenapian“.

## Die Republik der verpaßten Gelegenheiten

Jedemjemand hat den glücklichen Einfall gehabt, den durch den Hitler-Imperialismus so lang- und kluglos beseitigten Staat von Weimar, dieses kurze Zwischenstadium zwischen der wilhelminischen Epoche und dem Diktatorium „Die Republik der verpaßten Gelegenheiten“ zu nennen. Dieses Wort kommt einem immer wieder ins Gedächtnis, wenn man Arthur Rosenberg, einmalig Professor für Geschichte des Altertums an der Berliner Universität und heute Dozent in Liverpool, hat seine Eignung zum modernen Geschichtsschreiber bedeutenden Formats bereits durch sein 1928 erschienenes Buch „Die Entstehung der deutschen Republik“ erwiesen. Dieses sehr objektiv gedaltene Werk, für das Rosenberg als Mitglied des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Kriegsverbrechen außerordentliches Material mitbrachte, wird durch die neue, bei der Verlagshaus Graphia in Karlsbad erschienene Publikation auf das vortrefflichste ergänzt. Rosenberg, der ursprünglich kommunistischer Reichstagsabgeordneter war und nach mancherlei Enttäuschungen den Weg in den Freundeskreis der Sozialdemokratie gefunden hatte, ist wie kaum ein anderer geeignet, das Scheitern der beiden großen Arbeiterparteien in Deutschland aus eigenem Erleben zu schildern. Man kann auch nicht sagen, daß er seine Erkenntnisse all zu spät gewonnen habe, denn in persönlichen Gesprächen hat er bereits vor Jahren die Grundursachen seines jetzt erschienenen Buches fixiert. Diese Grundursachen unterscheiden sich wohltuend von der mancher oberflächlichen Kritiker, die lediglich im Verlagen einzelner Personen die Ursache des Zusammenbruchs sehen wollen und so eine Art Personenkult mit negativen Vorzeichen treiben.

Arthur Rosenberg hält für die entscheidenden Grundursachen des Scheiterns der deutschen Demokratie die gegenwärtige Verfassung. In dem einen Falle verhängte man sich hinter angeblich drohenden Ernährungschwierigkeiten, in dem anderen Falle hinter der Gefahr, daß die verstaatlichten Erben als Pauspand in ausländischen Besitz übergeben könnten. Die mangelnde Aktivität der Mehrheitspartei und die unklare Rolle, welche die Unabhängigen in der Regierung infolge ihrer inneren Differenzen spielten, gaben der Regierung des „Rates der Volksbeauftragten“ ihr unerfreuliches Gesicht. In einem dokumentarischen Anhang zu seinem Buche ist Rosenberg in der Lage, aus unerschöpflichen Protokollen der Volksbeauftragten Sitzungsberichte wiederzugeben, die deutlich zeigen, mit welchem Mangel an Arbeit und Selbstvertrauen damals regiert wurde. Die Beamten des alten Regimes hatte man an ihren Plätzen gelassen und sie gingen sehr ruhig zu Alten der Aufklärung über, die ein energisches revolutionäres Regime niemals hätte dulden dürfen. Bereits vier Wochen nach dem Umsturz wagte es beispielweise der Staats-

sekretär des Kulturbüros, Solz, dem Volksbeauftragten Haase aus politischen Gründen die Hand zu verweigern. Statt, wie Rosenberg richtig schreibt, Solz wegen Unverschämtheit verhaften zu lassen, wird eine Diskussion über diese Angelegenheit mit der Erklärung Haases abgegeschlossen, er werde Herrn Solz öffentlich antworten. In dem Abnahmeprotokoll heißt es alsdann: „Unverbindliche Aussprache über Solz. Es herrscht Übereinstimmung, daß er gehen muß, aber so lange im Amte bleibt, bis ein Nachfolger gefunden ist.“

Schlimmer noch als die Verhältnisse im Kampf gegen Großgrundbesitz und Schwerindustrie sowie gegen das alte Beamtenum hat sich die Unterlassungsfünde Koskes erwiesen, die neue Wehrkraft nicht aus zuverlässigen Elementen zusammenzusetzen. In seiner Kurzsichtigkeit hat er sich in die Hand der alten Generale gegeben, die nur auf den Augenblick des Großreinemachens warteten.

Als es dann im Jahre 1920 zu dem unglücklichen Kapp-Putsch kam, wäre noch einmal die Möglichkeit gewesen, die Verhältnisse des Jahres 1918 wieder gut zu machen. Aber die Absicht des Generalstabsführers Legien, ein Kabinett aus sozialistischen, demokratischen und christlichen Gewerkschaftlern, also eine Arbeiterregierung zu bilden, scheiterte vor allem an dem Doktrinismus des linken Flügels der USPD, der sich damals weigerte, mit den Sozialdemokraten gemeinsam in eine Regierung zu geben, während nicht viel später die beiden Parteien sich sogar zu einer gemeinsamen Partei zu verschmelzen vermochten.

Ein überaus trauriges Kapitel bildet die Ohnmacht der Arbeiterbewegung gegenüber der Inflation und ihren Spänen im Stille eines Stinnes. Die neue revolutionäre Situation von 1923 wird bekannt und durch ein solches Verhalten der damals im Aufstieg begriffenen Kommunisten völlig verfehlt. Dazu kam die unglückliche Rolle Eberls, mit dessen Einwilligung der Einmarsch militärischer Streitkräfte in Sachsen und Thüringen erfolgte, während man gegenüber dem durch das Hitlerabenteuer diskreditierten Herron von Kahr, dem Allgemaligen in Bayern, nicht durchzugreifen wagte. Die Ereignisse in Bayern, die dem bayerischen Regime vorangingen, werden gut geschildert und es ist Rosenberg zum Verdienste anzurechnen, daß er dem einzigen wirklich revolutionären Minister jener Zeit, dem später oft gelästerten Kurt Eisner, der seine Eingabe an die Revolution mit dem Tode bezahlen mußte, volle Gerechtigkeit wiederfahren läßt. Die gleiche Gerechtigkeit läßt er gegenüber den dem wirklich großen Erscheinungen im Leben der deutschen Republik, dem Zentrumsmann Erzberger, dem Demokraten Walter Rathenau und dem Volksparteiler Gustav Stresemann walten. Insbesondere die „Kera Stresemann“ war ja die Zeit einer gewissen Konsolidierung und eines vorübergehenden Aufstiegs der deutschen Wirtschaft und des deutschen Ansehens in der Welt. Mit der Bildung der Regierung Hermann Brüning setzt freilich bereits die Periode der erneuten Erschütterung ein. Sehr scharf wird herausgearbeitet, welchen Einfluß die Begehung amerikanischer Anleihen auf die deutsche Konjunktur hatte und wie der Zusammenbruch von Wallstreet den Kreditmarkt gel und damit den Kriseneinbruch in Deutschland zur Folge hatte. Aus diesem Kriseneinbruch, aus der scheinbaren Erfolglosigkeit der damals regierenden Parteien und aus jenem Nationalismus, den überspitzte Reparationsforderungen an Deutschland zur Folge hatten, aus dem Mangel an militärischem und demokratischem Fundament des demokratischen Regimes und vor allem aus jener Entzweiung der Arbeiterkraft, die ihre Widerstandskraft lähmte, erklärt dann Rosenberg mit überzeugenden Worten den Zusammenbruch der Republik von Weimar. Das er bereits mit Brüning verfassungswidrigen Notverordnungsregime beginnen läßt. Mit diesem Zeitpunkt, also mit dem Jahre 1930, schließt das Buch.

Man fragt sich, ob und wann Rosenberg einen dritten Band wird veröffentlichen können, der den schwarzen Schluß der deutschen Tragödie mahl und zugleich dem menschlichen Bedürfnis nach einem „happy end“ entspricht, bei dem die Geister der Hölle ihre Strafe finden und das Siegerland der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit wieder über einem glücklicheren Volke aufleuchtet.